

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Versandgeld),  
bei Bezugnahme unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanigk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weißbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Werbe-Anzeigen  
für die dreigeschossige Zeitzeile oder deren Raum 30 As.

**Jetzt ist die Zeit, wo der Verband jeden Kollegen zur Flugblattverbreitung und Hausagitation braucht!**

## Ein verstärkter Kriegsruf der Unternehmer.

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe G. V.

Geschäftsamt: Berlin SW., Kochstraße 3.

Berlin, den 23. Februar 1908.

### An die Mitglieder!

Die Generalversammlung unseres Bundes in Hannover hat in bezug auf den Abschluß der neuen Arbeits-(Tarif-)verträge zum Frühjahr d. J. mit Einmütigkeit die folgenden wichtigen Beschlüsse gefaßt, nämlich:

dah̄ an dem vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herausgegebenen Vertragsmuster nichts geändert werden dürfe und dah̄, falls die im Frühjahr ablaufenden und zu erneuernden Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zu stande kommen sollten, am 1. April d. J. die Baugeschäfte geschlossen werden, ausgenommen natürlich in denjenigen Ortschaften, wo Tarifverträge bestehen.

Weiter wurde hierzu einstimmig beschlossen, daß bei eintretender Arbeitseinstellung den beteiligten Bezirken und Orten nach jeder Richtung hin die weitgehende Unterstützung des Bundes gewährt werden soll.

Zur Vorbereitung der Durchführung dieser Beschlüsse ist es erforderlich, daß die in Tarifvertragsverhandlungen stehenden oder nunmehr eintretenden Verbände bis spätestens den 25. März d. J. den Bundesvorstand über den Verlauf und den Stand der Verhandlungen unterrichten, damit ein Bild über die Gesamtlage gewonnen werden kann. Der Bundesvorstand wird in den letzten Tagen des Monats März zusammentreten, um die im Sinne der Generalversammlungsbeschlüsse zu treffenden Ausführungsmahnahmen endgültig festzustellen, worauf das Ergebnis der Sitzung allen Verbänden sofort mitgeteilt werden wird.

Zur unbedingten Durchführung des bereits früher abgeschlossenen Grundsatzes, daß alle Verträge nur vorbehaltlich der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe abgeschlossen werden dürfen, und daß sie dessen Zustimmung erst dann erlangen, wenn die sämtlichen Verträge eine Einigung erzielt ist, hat die Generalversammlung noch einen Genehmigungsvermerk, der jene Tendenz lediglich besonders zum Ausdruck bringen soll, einstimmig angenommen und zwar mit folgendem Wortlaut:

**Die Genehmigung für diesen Vertrag ist nur im Zusammenhange mit allen anderen Vertragsgenehmigungen erteilt.**

Es ist durchaus notwendig, daß dieser Genehmigungsvermerk allen zum Abschluß kommenden Verträgen und zwar bereits vor der Unterschrift durch die Vertragsabschliebenden hinzugefügt wird, um den Arbeitnehmerorganisationen nicht womöglich einen Grund zum Wideruß der Vertragsunterschrift zu geben; ein solcher Wideruß aber wäre nicht unberechtigt, wenn man den Arbeitnehmerorganisationen die Kenntnis dieses Vermerkes, der die Willensmeinung beim Vertragsabschluß zu beeinflussen geeignet ist, vorenthalten wollte.

Als selbstverständlich ist im übrigen zu beachten, daß nicht nur die mit den freien Gewerkschaften, sondern auch die mit jeder anderen Gewerkschaft

abgeschlossenen Verträge der Genehmigung des Bundesvorstandes bedürfen und daß die Zustimmung auch in diesen Fällen erst nach erfolgter Einigung über sämtliche Verträge erteilt werden darf.

Im Hinblick auf jene Verhältnisse, die mit absoluter Sicherheit eintreten, falls der Abschluß der Verträge nicht zu Stande kommt, machen wir schon jetzt die vertraglosen Verbände darauf aufmerksam, daß auch sie nach Punkt 3a der von der außerordentlichen Generalversammlung vom 21. Oktober v. J. genehmigten taktischen Grundsätze gehalten sind, allen Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Aussperrung etc. strikte Nachzuhören.

Obgleich wir hoffen, daß sich die Gewerkschaftsleistungen nach Bekanntwerden der mit großer Einmütigkeit gefassten Verträge unserer Generalversammlung in Hannover geheimer zeigen werden, die Tarifverträge auf der Basis des Vertragsmusters abzuschließen, so muß doch auch mit dem Gegenteil und der dadurch notwendig werdenden Schließung unserer Geschäfte gerechnet werden. Wir erfüllen deshalb die Verbände, diese Eventualität schon jetzt ins Auge zu fassen und die Vorbereitungen zur Einstellung der Arbeiten sowie überhaupt alle jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Kampf in kürzester Frist zu Gunsten der Arbeitgeber durchzuführen. Wir empfehlen insbesondere, die noch außerhalb der Verbände stehenden Kollegen für unseren Bund zu gewinnen, mit den Baumaterialienhändlern Vereinbarungen wegen Nichtlieferung an Außenstehende zu treffen, bei Übernahme von Arbeiten auf Einführung der Streiklaufe Gedacht zu nehmen usw.

Schließlich teilen wir noch mit, daß in Ausführung des Punktes 1b der von der außerordentlichen Generalversammlung am 21. Oktober v. J. angenommenen taktischen Grundsätze der Vorstand beschlossen hat, daß die nach dem Frühjahr 1908 ablaufenden Verträge drei Monate vor dem Ablaufstermin zu kündigen und daß die Verhandlungen über die neu abzuschließenden Verträge auf derselben Grundlage, d. h. nach den von der außerordentlichen Generalversammlung erteilten Direktiven, zu erfolgen haben.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Verbände und überhaupt alle Fachgenossen gerade jetzt, wo das deutsche Baugewerbe vielleicht am Vorabend großer Ereignisse steht, in allem Einen Tun und lassen voll eingedacht sind jenes oft und doch nie genug betonten Wortes: Einigkeit ist Macht. Hochachtungsvoll

**Der Vorstand**  
**des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.**

Das vorstehend abgedruckte Zirkular ist uns auf dem üblichen Wege „auf den Zich geflogen“, und wir benutzen natürlich die erste beste Gelegenheit, um die Kriegsbereitschaft und die Kampffluss des

Unternehmerbundes der weitesten Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Im Hinblick auf den nun wiederholten Kundgegebenen Willen des Unternehmerbundes können wir uns in der Beschreibung der Situation ganz kurz fassen. Entweder: die baugewerbliche Arbeiterschaft nimmt den ihr hingeworfenen Gehdehandschuh auf und verschlägt dem Gegner andere Bedingungen abzuringen; oder: sie läßt durch ihre Vertreter den vom Unternehmerbund dictierten Vertrag unterzeichnen und verzichtet somit auf zwei Jahre nicht nur auf jegliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, sondern nimmt auch noch eine Reihe von Verpflichtungen mit in den Kauf. Ein drittes gibt es nicht! Das haben nicht nur die wiederholten Beschlüsse und Kundgebungen der Generalversammlungen des Unternehmerbundes, sondern auch die Tarifverhandlungen der letzten Wochen mit den Bezirkverbänden des Unternehmerbundes zur Evidenz bewiesen.

Über die Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben wir schon eingehend berichtet. Das Resultat des dreitägigen Wettkampfes war ein Nichts. Bei allen Punkten, wo eine Verbesserung in den Arbeitsbedingungen gefordert wurde und wird, ließen die Unternehmervertreter durch ihren Sprecher erklären: Wir können nicht, wir sind an den „Mustertarif“ gebunden! Ließ der Ausgang der Verhandlungen in Frankfurt a. M. trotz alledem noch eine spätere Verständigung erhoffen, so müssen wir nach der Verhandlung in Essen diese Hoffnung endgültig zu Grabe tragen. Inzwischen hat die Generalversammlung des Unternehmerbundes in Hannover getagt und erneut beschlossen (wir berichten schon in der vorigen Nummer darüber, und das heutige Zirkular wiederholt den Beschluß), unter allen Umständen an dem „Mustertarif“ festzuhalten.

Die Reden der Unternehmervertreter in Essen waren von vorherhin auf den Ton gestimmt: Friß, Vogel, oder stirb! Und die wiederholten Darlegungen der Arbeitervertreter, daß es ein Unding sei, den Arbeitern keine einzige Forderung zu bewilligen und ihnen dennoch einen zweijährigen Vertrag aufzwingen zu wollen, führten letzten Endes immer wieder zu der Erklärung des Unternehmervertreter: Wir haben es beschlossen, und dabei bleibt es!

Die noch ausstehenden Verhandlungen bzw. Verhandlungsfortschritte sind für die Unternehmer nur noch formale. Die Vertreter der rheinisch-westfälischen Verbände haben für die weitere Verhandlung ausdrücklich die Bedingung gestellt, daß die Arbeitervertreter vorher die Erklärung abgeben: Wir verzichten auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf eine Erhöhung des Lohnes; dagegen sind wir damit einverstanden, daß der Unternehmer unumschränkt „Herr im Hause“ bleibe, d. h. die Arbeiter sind seiner Willkür unterworfen.

Trotzdem wollen die Arbeitervertreter versuchen, die Unternehmer umzustimmen, um den drohenden Krieg zu verhindern. Gelingt dies nicht, dann muß das Schicksal seines Lauf nehmen.

## heran, Ihr Männer vom Bau!

Wie in jedem Jahre, wenn der Lenz das Eis brachen läßt, und die Frühlingsstürme durch das Land brausen, so wendet sich der Vorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands auch jetzt mit einem Aufruf zur Organisation an die Berufsgenossen. Mit guten Gründen und eindringlichen Worten wird jedesmal die alte Wahrheit des Wortes gepredigt, daß Einigkeit stark macht. Und es ist noch immer sehr nötig! Niemals aber war es nötiger als jetzt. Was sollen wir zuerst anstreben, um das darzutun? Jeder Kollegen ist bekannt, zu welchen Schlägen das vereinigte Unternehmertum des Baugewerbes ausholt. Seit zwei Jahren haben wir im "Grundstein" darauf hingewiesen, wie es kommen wird. Haben hinter die Kulissen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe geleuchtet und gezeigt, wohin dessen Schünen und Drängen zielt. Nicht immer hat man uns geglaubt. Mehr als einmal hat man uns als Schwarzscher hingestellt, uns auch wohl die Abicht unterschoben, zu bestimmten Zwecken die Sachen ernster zu schildern als sie in Wirklichkeit wären. Wir sind heute gerechtigert. Die Entwicklung hat zu den Ergebnissen geführt, die wir vorausahnten und voraus sagten. Das Jahr 1908 hat uns Aufgaben gestellt, wie wir sie größer und gewichtiger noch nicht zu lösen hatten.

Es konnte weder in unserer Macht noch in unserer Absicht liegen, der Entwicklung ein anderes Tempo oder eine andere Richtung zu geben. Was sich jetzt im Baugewerbe abspielt oder in nächster Zeit abspielen wird, das ist weder aufzuhalten noch zu umgehen. In demselben Maße wie die Gewerkschaften an Ausdehnung und Einfluß gewinnen, entstehen und erstarren auch die Organisationen der Unternehmer. Das hat man an Hunderten von Beispielen sehen können. Mancher Ortsverband des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat, als Entstehungsursache eine Lohnbewegung unserer Kollegen. Je kräftiger und erfolgreicher wir den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen führen könnten, um so mehr breite sich der Arbeitgeberbund aus.

Aber zu der heutigen Konstellation hat noch ein anderes Moment beigetragen, das zwar ebensfalls in letzter Linie mit dem Wachstum der Unternehmerorganisation zusammenhängt, das uns aber, rein äußerlich betrachtet, als ein selbständiger Faktor erscheint. Das ist die Entwicklung des Tarifwesens. In welcher Richtung diese vor sich geht, braucht mir heute nicht mehr zu erforschen, man braucht nur darauf hinzuweisen; denn sie liegt klar vor unser aller Augen. Kein Zweifel: Die tarifliche Entwicklung strebt zur Zentralisation, zur Zusammenfassung vieler Lohngebiete auf einer gemeinsamen tariflichen Grundlage. Unser Maurergewerbe gibt uns dafür geradezu klassische Beispiele; denn wir haben kleine, örtlich begrenzte Tarifverträge, die zu großen Bezirksräumen ausdehnen sehen. Unsere beiden großen Tarifgebiete im Westen bzw. Südwesten sind aus kleinen Anfängen, nämlich aus Ortsräumen entstanden, die für einen Ort, höchstens für eine Stadt mit ihrer näheren Umgebung galten. Und wie sie entstanden sind, wissen wir alle; denn diese Umwandlung hat sich ja vor unseren Augen vollzogen: nie sind aus großen Ausperrungen entstandene. Das Wachstum der Unternehmerorganisation gestaltete dieser die Vornahme großer Ausperrungen, und da in einem Gebiete zusammenhängend gekämpft wurde, so wurde auch zusammenhängend Frieden geschlossen; und das Ergebnis waren naturgemäß große Tarifgebiete. So ist also auch die tarifliche Entwicklung eng verknüpft mit der Entwicklung der Unternehmer und damit wieder mit der der Arbeiterorganisation. Das mag Beweis dafür sein, daß die Gewerkschaften keine Macht haben, eine solche Gestaltung der Verhältnisse zu verhindern, wie wir sie heute vor uns sehen. Nebenall dort, wo sich die Arbeiter zusammenmischen, um der Willkür der Unternehmer in der Fortsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten, um sich einen größeren Anteil an dem Arbeitsertrag zu sichern, überall dort führt sie ihr Weg durch Kämpfe ohne Zahl. Und diese Kämpfe müssen in demselben Maße an Umfang gewinnen, wie die Bewegung größer wird. So ist's im Baugewerbe gewesen und so ist es heute.

An anderer Stelle unseres Blattes finden die Kollegen die Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Nach dem Besluß der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Hannover, wonach die Unternehmer zu striktem Festhalten an dem Normaltarif gezwungen sind, ist der Abschluß neuer Tarife so gut wie ausgeschlossen. Die Konsequenz ist dann Kämpfe, und zwar erbitterter Kampf für viele Tausende unserer Kollegen. Diese zu erwartenden Kämpfe aber sind es,

die es uns zur Pflicht machen, mit ganz besonderem Nachdruck an die Frühjahrsagitation zu gehen.

Noch stehen uns viele, viele Berufskollegen fern. Viele von ihnen haben noch nie den Wert der Organisation kennen gelernt, andere sind aus hunderterlei wichtigen Gründen wieder abgesunken. Wir wissen, daß jeder unorganisierte Berufskollege eine große Gefahr für uns bedeutet; schon in Friedenszeiten stört und hemmt er unsere Tätigkeit, wieviel mehr aber, erst in den Tagen, wo wir mit den Unternehmern unsere Kräfte messen! Da folgt er bald den Lockungen der Unternehmer und ihrer Agenten und läßt sich zum Streikbruch, zu dieser widerlichsten aller verwerflichen Handlungen, bereitstellen. Während die Gesamtheit der Kollegen, das Alter wie die Jugend, Männer und Einbehenungen auf sich nimmt, um die Willkür der Arbeitsherren zu brechen, wird der Unorganisierte zum Verräter seiner Berufsgenossen, meuchelt er diejenigen Leute, die auch für ihn kämpfen, die auch für ihn mehr Brot erwünschen. Die Kämpfe des letzten Jahres haben gezeigt, daß es noch alzu viele von diesen Leuten gibt, die noch nicht wissen, daß die Solidarität der Gleichen das erste und höchste Gebot aller Menschlichkeit ist. Gerade das ist es, was der Arbeiterbewegung ihren hohen ethischen (tötilich-edlen) Wert gibt, daß sie von dem einzelnen die Einigung in die Organisation der Gesamtheit der Klassengenossen fordert und somit den naturwüchsigen Egoismus (Eigennutz) der einzelnen in der höheren Einheit der brüderlichen Solidarität zusammenführt.

Das ist das Evangelium der Arbeit, das heute in allen Zeugen gepredigt wird. Auch wir wollen hinzuziehen in diesen stürmischen Vorfrühlingstage und wollen Lehren und Werken für unseren Bund. Mag es alle Jahre mit läblichem Interesse geschehen sein, in diesem Falle bedarf es ganz besonderer Anstrengungen. Nur alzu oft und alzu gern sagt sich der einzelne Kollege, sagt sich dieser oder jener Zweigvereinsvorstand, daß es wohl genüge, wenn man den paar Unorganisierten das Flugblatt in die Wohnung sende, aber mehr könnte man nicht tun; denn man könne sie doch schließlich nicht „an den Haaren in den Verband hineinzuziehen“. Oder man hält auch diese kleine Müh schon für groß, weil es „ja doch nichts heißt“. Ach, wenn wir immer so gedacht hätten! Wo wären sie dann hergekommen, diese rund zweimal hunderttausend Männer, die heute in unserem Verband stehen? Wir hätten sie sicher noch lange nicht. Nein, Kollegen, so darf diesmal nicht gehandelt werden! Zu diesem Jahre hat jeder Zweigverein der ihm angelegten Pflicht zu genügen, und diesmal hat sich jeder Kollege zur Verfügung zu stellen und mit peinlicher Gewissenhaftigkeit seine Ausklärungsarbeit zu verrichten. Nur noch wenige Wochen trennen uns von der Entscheidung, und die müssen noch ausgenutzt werden, so gut es irgend möglich ist. In diesen Tagen muß sich unsere Agitation wie eine Flutwelle über das Land ergießen, und darum müssen alle Kräfte angepannt werden. Also, Kollegen! Ihr alle, die Ihr noch frisch und regsam seid, die Euch unsere Ideale den Sinn geben und Eurem Streben Kraft und Ausdauer geben: frisch und behende aus Werk!

Die Zeit ist für die Arbeiter des Baugewerbes hoherust. Es steht für uns nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele, als die Frucht der Arbeit von zwei Jahrzehnten. Was wir uns in tausend Kämpfen mit namenlosen, schweren Opfern erstritten haben, das brutale Unternehmertum will es uns entziehen: das Mittelbestimmungsrecht bei der Feststellung der Arbeitsbedingungen. Einem von frivoler Herrschaft entworfenen „Mustertarif“ will man uns aufzwingen, indem man uns mit großen Ausperrungen einzuschüchtern verucht. Wie lassen uns nicht einschüchtern! Wir lassen uns nichts aufzwingen! Darum heißt es jetzt, die letzten Vorbereitungen zu dem wohl unausbleiblichen Kampfe zu treffen! Und das heißt eine Agitation von solcher Wucht und mit solchem Eifer geführt, daß auf allen Arbeitsstätten und in allen Wohnungen der Männer in den nächsten Wochen der Ruf zum Zusammenschluß gehört wird. Ringe darüber in diesen Tagen nicht geben und Läßigkeit sei uns der schlimmste Frevel. Jeder Stelle sich in den Dienst unserer sturmproben Organisation und werke für den

## Zentralverband der Maurer Deutschlands!

### Wirtschaftliche Rundschau.

**Nova Bank in Dänemark.** — Deutsche Eisenproduktion und Kleineisenwaren. — Die Lage in Amerika. — England. — Schiffbau, Arbeitslosenziffern, Kohle und Kupfer. — Der Getreidemarkt.

Der internationale Abstieg vollzieht sich stufenweise weiter. Hier und da erzeugt er sogar immer wieder eine wahre Panik. So neuerdings in Dänemark, wo zunächst die Grundbesitzerbank ihre Zahlungen einstellen mußte, der alsdann eine Reihe anderer Finanzinstitute

sollte, vor allem die Detailhändlerbank, ferner das Haus Hermann Meyer & Comp. Schließlich übernahmen der Staat und fünf Großbanken, je zur Hälfte, Garantie für Erfüllung aller Pflichten der Grundbesitzer- und Detailhändlerbank; im Folgething stimmt sämtliche Parteien, außer den Sozialdemokraten, dieser staatlichen Beteiligung an der Gültigkeit zu, so daß eine gewisse Verunsicherung auslöste.

Für Deutschland und Luxemburg liegen jetzt die Zuarziffern der Rohöl- und Erzeugung vor. Sie zeigen, zum ersten Male seit dem Frühjahr 1905, einen Rückgang gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahrs: Januar 1908 insgesamt 1.061.329 Tonnen, gegen 1.062.152 Tonnen im Januar 1907, (und 1.100.373 Tonnen im unmittelbar vorangegangenen Dezember 1907). Die seit März 1905 bis Dezember 1907 jedesmal den Vorjahresmonat überholende Produktionsfuge zeigt hier also nunmehr unverkennbar eine abwärts tendente Richtung. Die gleichen Nachrichten gehen vom Stahlwerksverband ein. Deinen Januarverband 1908 zeigt gleichfalls wesentlich schlechtere Ziffern als der Januar 1907: diesmal in Produkten A 283.056 Tonnen, Wohlgehalt gegen damals 459.571 Tonnen. Nur der Abfall von Eisenbahnmateriale bietet günstigere Züge. Hat alle in Frage kommenden deutschen Eisenbahnverwaltungen haben ihre Lieferungsverträge abgeschlossen, unter anziehbaren Steigerungen der Abschlagsmengen gegen früher. Da, besonders für Halbzeug, weitere Preiserhöhungen erwartet werden, so bestehen die privatischen Verbraucher höchstens kleine Posten für den drängenden Augenbedarf, so daß der Verband sich in der Preise trampft demnächst, die Lage rosig er scheinen zu lassen, als sie offenbar ist, nur um die Gaudeartigkeit der Händler zu erschüttern. Auch der Rückgang des Kostverbrauchs läßt auf das Absinken in der Eisenproduktion rückschließen. Überaus stark zeigt sich die rückläufige Konjunktur in dem kleinen gewerbe, vor allem in den Zweigen, die in großen Mengen exportieren, wobei abermals die Stützung der amerikanischen Bestellungen eine Hauptrolle spielt.

Doch große Teile der deutschen Tegelindustrien, ferner der Porzellansfabrikation, die amERICANischen Krisis schon seit geranier Zeit, mitunter recht bitter, fühlten, erwähnen wir bereits früher. Da, besonders in jenseits des Atlantischen Ozeans ist jedoch kaum zu glauben. Daß darüber die Hochöfen um Weißnachten herum nur 20 pzt. in Betrieb waren, zeigt aber etwa 45 bis 50 pzt. der Erzeugungsfähigkeit erreichen, ist um so weniger ein Trost, da hinter der Vermehrung mehr die leichteren Geldbeschaffungen als reale Auftragserteilungen stehen. Im Gegenteil, was an wirklichen Aufträgen vorlag, soll höchstens über ein paar Wochen hinwegziehen. Gerade die Eisenbahnen, auf die alles ankommt, bestellen weder Schienen noch Wagen, da für zunächst weder größere Anleihen, noch Aktienbeträge unterzubringen vermögen. Selbst Preisberichtigungen, denen jedoch die rißigföhligen amerikanischen Eisenindustrieverbände lieber die volle zeitweilige Stilllegung der Werke vorziehen, bringen keinen Wind in die Segel. Der Pittsburger Korrespondent der "Börs. Ztg." sieht deshalb die nächste Zukunft sehr schwartz und glaubt nicht an eine so rasche Umkehr zum Besseren wie 1903/04: „Kapital- und Labor Unions stehen sich so jährlig gegenüber, daß es kaum anzunehmen ist, daß das Kapital den günstigsten Augenblick vorübergehen lassen wird, die Löhnearbeit zu reaktivieren.“ Wohin man blickt, stößt man auf solche Widerprüche, die sich aber auf die Dauer nicht aufrecht erhalten lassen. Die Produktion ist so stark beschleunigt, und doch schwächen, besonders an den oberen Seen, die neuen Stahlwerke wie die Pilze aus der Erde. Auch die Eisenfrage ist ernst und wird mit Beginn des Frühlings aktiv werden; wenn die Erzgriffenheit auf den Oberen Seen möglich ist. Letztes Jahr brach die Erzausbauwerke alle Befordern, aber die Produktionsbeschleunigung des Eisens in diesen Winter hat ungeheure Ablagerungen von ungebrachten Erzen auf den Docks und in den Eisenwerken zur Folge gehabt. Welche Konsequenzen wird dies besonders für die Erzpreise haben? Diese Frage ist eine der ersten; denn am Ende hängt der ganze Eisenbetrieb von Preisen des Eis ab. Und je näher der Frühling heransteht, desto drängender wird die Erzfrage und desto eiliger ihre Beantwortung. So ist denn in der Eisenindustrie alles schwantend.“ Nicht einmal die finanziell, im engeren Sinne hat alle ihre ersten katastrophalartigen Begleiterscheinungen verloren. Die letzten Wochen brachten von neuen lebensgefährlichen „Abrechnungen“ an den Börsen, in erster Linie wieder in Liverpool, die die Reaktion mit dem Sturze des Heingeringes die ganze Generalabschaltung einleiteten. Neue Zahlungsstörungen und Bankenruhe waren zu verzeichnen: der dem Eis König Charles W. Morse nahestehenden Banten, der Oriental Bank in New York, der Homebank in Brooklyn, der Consolidated Dampfergesellschaft in New York, der Detroit-Toledo-Fronton Eisenbahn, der Mutual Reserve-Lebensversicherungsgesellschaft; große Telekommunikationen stellten sich bei der New York und New Jersey Telephoniegesellschaft heraus; das Arbeitsstaatsdepartement weist für Ende Dezember 1907 innerhalb der Gewerbeabteilung der Stadt New York eine Arbeitslosigkeit von 312 pzt. nach, gegen 12,8 pzt. an demselben Tage in 1906, 6,7 pzt. in 1905 und 17,8 pzt. in 1904 (auf Grundlage von 92 Organisationen mit diesmal 66 120 Mitgliedern und 22 027 Beschäftigtenlosen). Für den Gesamtstaat New York sind erst die Ziffern für Ende September veröffentlicht, also für die Zeit vor der Oktoberfinanzkrise. Dabei zeigt sich, daß der Börsen schon länger im Sog der Krise hielten; weiterlich durch das Absinken im Baugewerbe stand schon Ende September die staatliche Arbeitslosenziffer auf 10,7 pzt. (gegen nur 5,7 pzt. in 1906 und 4,9 pzt. in 1905); so daß man bis zum Jahre 1900 zurückgehen muß, um auf eine ähnliche Depression zu stoßen. Seitdem hat jedoch der eigentliche Absturz erst eingesetzt.

Wie wenig erfreulich die Dinge in England liegen, geht schon daraus hervor, daß die Unternehmerversuche, die Löhne herabzudrücken, wachsend wachsen. Da ein solcher Versuch im Schiffbau und Maschinenbau der Nordatlantikfahrt eben einen großen Lohnkampf entzündete, so sei der Lage

des englischen Schiffbaus eine kurze Ausführung gewidmet. Schon das Gesamtjahr 1907 ergab hier für alle fertiggestellten (Handels- und Kriegs-) Schiffe eine Verminderung um 194 428 t gegen 1906, das allerdings ein Metordjahr bildete. Ohne die Kriegsschiffe war der Rückgang noch wesentlich größer, nämlich 220 453 t. Die "Labour Gazette" gibt folgenden Überblick über das Auf und Ab der letzten fünfzehn Jahre:

Im Jahre	Fertiggestellte Schiffe (ohne Kriegsschiffe)	Friegsschiffe	Tons (Deviation)	
			Fertigstellung	Großtonnage
1893	836388	45898		
1894	1046508	32971		
1895	904987	148111		
1896	1189715	163958		
1897	932486	95495		
1898	1367570	191556		
1899	1416791	168590		
1900	1442471	68864		
1901	1524739	211969		
1902	1427558	94140		
1903	1190618	151890		
1904	1205162	127175		
1905	1623168	129801		
1906	1828843	108450		
1907	1607890	134745		

Die Werften an der Nordküste (Dunc. Wear, Tees, Hartlepool), bei dem jetzigen Lohnstampf vor allem in Krage fanden, beschäftigten zuletzt in normaler Zeit 45 000 Mann; sie arbeiteten jedoch schon vor dem Ausstandsbeginn mit einem Viertel weniger, mit etwa 34 000 Mann. Ende Januar hatten die an das Handelsamt berichtestattenden britischen Schiffbauergewerkschaften bei 38 424 Mitgliedern 15,1 pvt. Arbeitslose, gegen 8,8 pvt. Ende Januar 1907. Ein ähnliches, obwohl nicht so schlimmes Bild gibt die "Labour Gazette" für den Durchschnitt der englischen Trades Unions. Ende Januar stand der Arbeitslosenprozentat: 1908 6,2 pvt., 1907 dagegen nur 4,2 pvt. Die englischen Hobelwerke noch mehr als bei uns, wo Syndikate allzu große Schwierigkeiten zu vermeiden suchen, der Grammometer der Konjunktur schlagen heftig nach unten zurück. Standard kündigt, das in London 1907 zeitweise über 110% pvt. Et. pro Tonne erreicht hatte, notierte am 19. Februar wenig über 56% pvt. Et. also unter dem Durchschnittsstand aller Jahre rückwärts bis 1899, lediglich das Sonderjahr 1902 ausgenommen.

Start zurückgegangen sind bei uns nunmehr die Gerechteidreise, besonders unter den raschen und starken Zuwächsen aus Argentinien. Maiweizen erreichte in Berlin seinen Höchststand am 4. Januar mit M 229%, er stand am 15. Februar M 210, am 22. Februar M 203—204. Mairoggen am höchsten am 2. Januar mit M 216%, am 15. Februar M 203%, am 22. Februar M 195½—190%. Achtzig die Londoner Weizennotierung, die in diesem Jahre (pro Quarter Bagage Average von 450 lb.) bis auf 35½ Schilling emporgegangen war (Höchststand 1907 im Oktober sogar 38½ Schilling) und am 19. Februar auf 33½ Schilling fielte.

Berlin, 23. Februar 1908. Max Schippel.

### Politische Umschau.

#### Aus dem Reichstage.

Ende der Justizats-Debatten — Konzessionen an die Fünfster. — Die Sozialpolitik des Blocks.

Die zweite Beratung des Gesetzes für die Reichsjustizverwaltung wurde am 25. Februar beendet. Noch einmal gingen die verteidigenden Rechtsritter und Rechtsanwälte salutistisch durcheinander. Der souveräne Abgeordnete v. Liebert, der „herbstliche“ Leiter des Reichsverbandes zur Verteilung der Sozialdemokratie, bemüht sich gegebenen, Stimmung für seinen Deportationsantrag zu machen. Auch die Regierung verhielt sich ihm gegenüber ablehnend.

Der Gegenparteiabgeordnete Roemer trug wieder seine schon oft gehörten Ausführungen vor über die Notwendigkeit strafrechtlicher Beleidigung des Staatslebens unzulässiger Bilder, durch welche die Jugend sittlich verdorben werde.

Zur Tarifvertragsfrage äußerte der national-liberale Abgeordnete Dr. Jannink dahin, daß die Tarifverträge rechtliche Bindung haben müssen, wenn sie als „Rechtsverträge“ gelten sollen. In längerer Rede kritisierte der sozialdemokratische Abgeordnete Heinrich die Häufigkeit der Strafverfolgung von Beleidigungen beamter Personen und Streitbrechern, die schweren Verurteilungen, die in solchen Prozessen erfolgen, während die Staatsanwaltschaft in anderen Fällen, wenn es sich um die öffentliche angegriffene Ehre eines Sozialdemokraten handelt, die Strafverfolgung als „nicht dem öffentlichen Interesse entsprechend“ ablehnt. Diese Praxis, so führt der Redner aus, sei besonders in Preußen üblich. Unter Hinweis auf einen kleinen Brationsgenossen, den Abgeordneten Hirsch - Berlin betreffenden Fall, der von der Post insam angegriffen war, die Anwaltschaft um Anklagerhebung angegangen und von dieser auf den Weg der Privataffäre verwiesen worden war, sagte Heinrich u. a.: „Es kommt also darauf hinzu, daß täglich in Berlin Beleidigungen von Streitbrechern von Amts wegen verfolgt werden, nicht bloß Beleidigungen, die mit Karawallen, Körperverletzungen oder öffentlichen Aufläufen verbunden sind, wo man noch die Auseinde hält, daß auf diesen Umwegen sich das öffentliche Interesse ergäbe, sondern auch Beleidigungen im engsten Kreise. Wegen Fabrikantenbeleidigung wird täglich von Amts wegen Anklage erhoben. Abgeordnete aber, und zwar sozialdemokratische Abgeordnete, sind bei der Staatsanwaltschaft vorgesetzte.“

Mit diesen Ausführungen soll Hesse nach der Behauptung des Staatssekretärs Dr. Nieberding sich der Beleidigung der preußischen Staatsregierung schuldig gemacht haben.

Die nach Sollis der Debatte vorgenommenen Abstimmungen über die Resolutionen ergaben folgende Resultate:

Die Resolution Brunnenmann (DP) auf angemessene Erfüllung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Hompesch (SP), den Untersuchungsgefangenen sowie den nicht wegen ehrloser Gewinnung verurteilten Strafgefangenen Selbstbefreiung und angemessene Beleidigung zu bewilligen, wird gegen die Stimmen der Konkurrenzparteien und Freikonservativen angenommen.

Über die Resolution Wassermann (ML), betreffend Strafverfahren und Strafvollzug an jugendlichen Personen, beantragt Abg. Kirsch (SP) mit einer entsprechenden Resolution des Zentrums erst in dritter Lesung abzustimmen. Das Resultat der Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft. Die Abstimmung erfolgt daher durch Dammlaufsprung. Hierbei ergibt sich, daß 104 mit Ja, 106 mit Nein stimmen. (Das Nein stützt sich auf den Sozialdemokraten und Zentrum mit Heiterkeit angenommen.) Die Abstimmung wird also in der dritten Lesung erfolgen.

Die Resolution Dr. Heinz (ML) auf einheitlichen Strafvollzug wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution v. Liebert (ML) auf Errichtung von Strafcolonien wird gegen die Stimmen der Reichspartei abgelehnt; angenommen wird dagegen die Resolution Dr. Gerde (SP), welche um Mitteilung der Erfahrungen fremder Staaten mit dem überländischen Strafvollzuge erucht.

Die Resolution Albrecht (SD) auf Errichtung besonderer Gefächer für die Streitfeiten zwischen Beamten und ihren Arbeitgebern, sowie zwischen ländlichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern wird gegen die Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt.

Die Resolution Albrecht (SD), das Recht der Zeugnisverweigerung allen an der Herstellung einer Zeitung beteiligten Personen zu erzielen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokratie, Liberalen und Polen angenommen.

Die Resolution Albrecht (SD) auf Feststellung des Rechtes der Zeugnisverweigerung für Mitglieder des Reichstages, der Landtage und kommunaler Vertretungskörper wird abgelehnt, dagegen wird die Resolution Dr. Blaß (SP), das Recht der Zeugnisverweigerung für Mitglieder des Reichstages und der Landtage festzuhalten und gerichtliche und sonstige Untersuchungshandlungen in den Räumen des Reichstages und der Landtage an die Genehmigung der betreffenden Körperschaft resp. ihr SP Präsidenten zu binden, angenommen.

Die Resolution Albrecht (SD) auf Gewährung von Entlohnungen und Tagelöhnen für Schöffen und Geistwirke wird mit großer Mehrheit angenommen, desgleichen die entsprechende Resolution Dr. Albrecht (SP).

Angenommen werden ferner noch die Resolutionen Dr. Jund (PL) und Graf Hompesch (SP) auf rechtliche Sicherung und weitere Ausgestaltung der Rentengemeinschaften.

Am 26. Februar wurde eine Reihe von Wahlprüfungen erlebt. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Medien in der Sozialdemokratie und des Zentrums festgestellt, daß die freisinnige Blockfriderichia jetzt gewählt ist. Grundlegend die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Wahlen, die bisher anerkannt hat, preisgegeben. Sie wollen die amtielle Wahlbeleidigung, der sie ja ihre Mandate im Jahre 1907 verdient, jetzt nicht mehr als Grund für die Ungültigkeitsklärung gelten lassen. Der „Freiheit“ wird eben immer „freimüting“.

In der nächsten Sitzung trat man in die erste Beratung des Gesetzes, betreffend die Abdauerung der Gewerbedordnung, ein. Es handelt sich da, hauptsächlich um die Einführung des sogenannten kleinen Beleidigungsfachwesens, der die Stille des Privilegs der Berliner Ausbildungseinheit. Zu dieser verhief die Staatssekretär des Innern v. Behrmann-Hollweg, die Frage habe „mit zärtlicheren Vorstellungen nichts zu tun“, sie liege lediglich auf „zeichnerischem“ Gebiet. Die Niederer der Konkurrenz, der Zentrums, der Nationalliberalen, der Annenreihen und der Freisinnigen stimmten der Vorlage zu. Der eine war immer noch „handwerkstreu“ als der andere. Und alle waren sie darin einig, daß die bösen Sozialdemokratie, die von derartigen „Reformen“ nichts wissen wollen, es nicht wohl meinen mit dem „Handwerk“, daß sie „Freunde des Handwerks“ sind. Die abdrückten Behauptungen wiez zunächst der sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Albrecht, entschieden zurück. Er legte dar, daß die Verpflichtung der Gewerbedordnung der Zentralverband hat, um die anderen Gewerbevertreter zu schützen, um den Handwerk seinen Vorteil bringen können. Weise doch ist Schlesien mit seiner zärtlerischen Gewerbedordnung derartig, daß die oldenburgische Regierung gegen die fortstrebende Vernichtung des Kleinbetriebes durch die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft gibt es kein Mittel. Albrecht verzweifte an einem Artikel im Dezember 1907 der Monatschrift „Soziale Kultur“, die von dem Gegenparteiabgeordneten Prof. Hesse redigiert wird. In diesem Artikel sagt ein Herr Georg Neuhaus, als er die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung in Preußen betrachtet: „Aber die Zurückdrängung der kleinen und Mittelbetriebe in vielen Branchen sehr zugunsten der Großbetriebe ist doch noch nicht die Frage. Nur dann kann man hier eine objektive Antwort geben, wann man vorausgesetzt habe das Wohl der Gesellschaft, nicht das der einzelnen in sein Auge sah. Und wirklich billiger und mindestens ebenso gut vom Großbetrieb produziert, wie vom Kleinbetrieb, so mag dieser Schlaf gehen.“ Es gibt also neben den Sozialdemokratie, die auf dem Standpunkt stehen, daß die heutige Wirtschaftswelt, der kapitalistische Großbetrieb, und der Kleinbetrieb ruiniert, und die sie sagen, wenn der Kleinbetrieb nicht mehr existenzfähig ist und der Großbetrieb billiger und besser produziert, so müssen wir damit vorlieben, auch wenn uns die einzelnen leid tun. Zutreffend bezeichnete der sozialdemokratische Redner die Vorlage als einen Eingriff in die Gewerbefreiheit, weil sie denjenigen, die eine „Meisterprüfung“ bestanden haben, das Privileg gewähren will, Lehrlinge auszubilden, oder zärtiger gelagert, auszubilden. Lehrlings seien die Blünter den kleinen Beleidigungsfachwesens nur als eine Abschlagszahlung an; sie wollen den allgemeinen Beleidigungsnachweis haben. Redner bemerkte: „Die Regierung sagt, der Zweck soll sein, eine bessere Ausbildung der Jugend herbeizuführen und dadurch für einen besseren Nachwuchs zu sorgen. Bei diesem Streben werden Sie Sozialdemokratie immer auf Ihrer Seite finden. Es ist falsch, wenn behauptet wird, wir hätten kein Interesse daran, daß die jungen Leute etwas Tüchtiges lernen. Uns das entgegenzuhalten, ist das Verschreiten, was es gibt. Wir haben vielleicht ein lebhaftes Interesse daran, daß die jungen Leute etwas Tüchtiges lernen, denn in unseren

Nationen können wir keine Pfuscher gebrauchen, weder auf gewerkschaftlichem Gebiet, noch in der Partei. Ein Biu er ist nicht fähig, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, nur der tüchtige Arbeiter ist dazu im Stande.“ Aber dafür, daß die jungen Leute etwas Tüchtiges lernen, bietet uns der sogenannte Beleidigungsnachweis nicht die allergeringste Garantie. Dafür gibt es ganz andere Mittel: eine gute allgemeine Volksschule, eine gute obligatorische Fortbildungsschule, und darüber hinaus, und vor allem, die Beleidigung der Lehrlingszüchter. Zug der Rechtsanwälte durch die Handwerkskammer wird, die Lehrlingszüchter noch in allerfeindlichster Weise betrieben. Diese Lehrlingszüchter, wie sie dort allem befehligt werden, ein Meister, der zwei oder drei, ja noch mehr Lehrlinge hat und keinen Gehüll, gibt, und wenn er zehnmal den Beleidigungsnachweis erbracht hat, keine Garantie, daß er dem Lehrling etwas befehigt. Der Meister muss oft außerhalb arbeiten und dann sind die Lehrlinge allein in der Werkstatt.“

Der zweite sozialdemokratische Redner, Abgeordneter Lehmann-Wiesbaden, vervollständigte die Ausführungen. Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Es folgte die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Bildern in der Haushaltung, in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abdauerung der Gewerbedordnung, und der ersten Beratung zweier internationaler Abkommen über das Verbot der Nacharbeit der gewerblieben Arbeiterinnen und über das Verbot der Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor zu Anfertigung von Zündhölzern.

Der erste Gesetzentwurf enthält Beschränkungen über die Arbeitsräume, in denen Bilder in der Haushaltung hergestellt werden dürfen, über die Beleidigung von Kindern und jungen Leuten in diesen Zweigen der Haushaltung, sowie über die Kontrolle und Aufsicht, ferner Strafbefreiungen, die Strafen bis zu M 200 für die Beleidigung von fremden Kindern bis zu M 100 für die Beleidigung der eigenen Kinder unter 12 Jahren schließen. Bei der gewöhnlichste Verwendung von Kindern werden Gefangenstrafen bis zu 6 Monaten festgesetzt.

Die Novelle zur Gewerbedordnung sieht eine anderweitige Fassung der Bestimmungen über die Ausstellung von Zeugnissen für gewerblieben Arbeiter und eine Ergänzung der Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszeiteln vor, ferner Änderungen der Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuch der Fortbildungsschulen, sowie die Erweiterungen der Gewährung des Bundesrats zur Beleidigung der Ausländer der übermäßigen Arbeitszeit hervorbringenden Jahren. Weiter enthält er Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse der Westmeister, Techniker usw., ferner Bestimmungen über die Herabsetzung der elternschaftlichen Maximalarbeitszeit der Arbeitnehmer auf eine zehnstündige Dauer und Vorschriften über die Einführung einer zehnstündigen ununterbrochenen Nachruhe für Arbeitnehmer und jugendliche Arbeiter. Schließlich werden die Arbeitsverhältnisse in der Haushaltung geregelt.

An diesen Vorlagen über die sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr in zweifelhafter Weise sprach Kritik, naddem der Zentrumsabgeordnete Dr. Pieper, der sozialdemokratische Abgeordnete Sielemann und der nationalliberale Abgeordnete Dr. Heil zu Hennighausen ihr unbedingtes Veto gewendet hatten. Er läuft aus, es müsse etwas ganz anderes geboten werden, um den beiderseitigen Ansprüchen der Arbeiter zu genügen. Es sei nicht glaubhaft, daß in der gegenwärtigen Session überhaupt etwas für die Arbeiter geschiehen wird; denn: „der wahre Wahlkampf ist ja unter dem Beziehen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie geführt worden. Nun wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie doch nicht etwa deshalb geführt, weil wir in philosophischen oder historischen oder ökonomischen Ausflussungen von den anderen Leuten abweichen, sondern lediglich wegen unserer Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Darin steht man eine Gefahr für die Interessen der anderen Klasse. Die gegenwärtige Politik soll ja nach den Wünschen des Reichstags lediglich eine Blockpolitik sein, also eine Politik, welche die Konkurrenz, die Nationalliberalen, die Freiheitlichen und die Antikenheit umfaßt. Am 30. November hieß der Herr Reichstagszähler hier, wir müssen uns vor allen Dingen der Augen, was möglich ist, was die Blockpolitik will und soll. Es kann nicht die Redde davon sein, daß die Konkurrenz über Nacht liberal und die Liberalen über Nacht konserватiv werden. Konkurrenz und Liberalen ihre Weltanschauung beibehalten, es müssen also die Fragen zurückgestellt werden, welche eine Verbindung in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Wenn das aber geschehen soll, so kann es ein Sozialstaat-politisch nicht geben. Herrscher ist jetzt zweifellos der Zentralverband der deutschen Industriellen.“ Hinzu doch selbst Bundesregierung nicht solche Bedeutung wie die Körperchaft. Ein oldenburgischer Regierungsrat beflogt sich darüber, daß die oldenburgische Regierung über die grundlegenden Fragen des Gesetzentwurfs nicht gehört werden sei. Aus den Beratungen des Centralverbandes im Oktober d. J. aus den Beiträgen, die dort gesagt sind, geht aber hervor, daß der Centralverband damals bereits in dem Besitz der Novelle war. Bei der Verabsiedlung der anwesenden Regierungsräte erklärte ja auch der Vopelius geschärflich, daß außer den anderen Herren auch Herr v. Ahne haben, ansehn sei, der eigentlich nicht Regierungsräte des Centralverbandes ist. Die anderen Herren werden also von ihm als Regierungsräte des Centralverbande angesehen. Wir können deutlich sehen, wie unsere ganze Sozialpolitik je nach dem Verhältnis schwankt, wie der Centralverband und die Regierung zusammen stehen. Ist die Freundschaft zwischen ihnen groß, so kostet die Sozialpolitik, in eine Freundschaft zwischen ihnen vorhanden, so haben wir ein gewisses Vorwärtsgehen. Alle des Centralverbande seine rechtsständigen Neuerungen über die Eingriffe des Herrn v. Berlepsch in die Fabrikordnung über die zehnstündige Arbeitszeit für Jugendliche machen sich gegen Herrn v. Berlepsch, fand es dazu, daß etwas Sozialpolitik betrieben wurde. Über 1898 war es endgültig damit vorbei, und Herr v. Berlepsch kontinueire, es ist uns gelungen, Berlepsch klein zu kriegen. In seiner Antrittsrede als Staatssekretär des Reichsamt des Innern, sagte Graf Voßdorff, daß mit der Sozialpolitik fast gemacht werden müsse, daß das schnelle Tempo nicht ein-

gehalten werden dürfe. Als er ein Jahr später die Novelle zum Unfallstrafgesetz brachte, war die Freundschaft noch so groß, daß man sich A. 1200 für ein Buchthausgesetz geben ließ. Als aber Polakovsk begann, etwas Sozialpolitisch zu treiben, wurde die Spannung schärfer und schärfer, und im Jahre 1900 sind es ja die Herren vom Centralverband gewesen, welche die Sache von den A. 12000 in die Deffensivseite brachten, um dem Grafen Posadowsky zu schaden. Man kann sich also denken, wie jetzt, wo mit dem Centralverband wieder Frieden geschlossen ist, eine Sozialpolitik aussehen wird. Man müsse doch endlich einmal mit der Zulassung aufbrechen, wie hier schon festgestellt worden ist, aber man sollte vor allen Dingen nicht das Gewerbericht lobhaften, sondern das Arbeiterricht. Vor allen Dingen müsse man ein eintheitliches Arbeiterrichtsgesetz schaffen. Es ist ein großer Mißstand, daß es so viele verschiedenartige Gesetze für die verschiedenen Arbeitsberufe gibt. Ein geprüfter Geheimer a. V. füllt unter die verschiedenen Gesetze, je nachdem er auf einem Binnenschiffdampfer fährt, oder auf einem Seeschiff oder in einer Fabrik oder in einem Bergwerk. Ist er bei der Eisenbahn tätig, so unterliegt er sogar ganz seinem Arbeiterrichtsgesetz. Es so bunte Durchmischer, wo sich kaum ein Zuschuß durchfindet, ist für die Arbeitergesetz am wenigsten angebracht. Weite Kreise der Arbeiter fallen heute noch überhaupt aus der Arbeiterschutzzugabe heraus."

Nedner ging dann auf eine Reihe von Einzelfragen, Regelung der Arbeitszeit, Regelung der Heimarbeit usw. ein. Dazu bemerkte er schließlich: „Man hat es versucht, bei dieser Gelegenheit klarzustellen, daß die Arbeiter in den Eisenbahnbetriebswerken unter der Gewerbeordnung unterstehen. Sehr wichtig wäre auch eine Herauslösung der Arbeitszeit, insbesondere in den Betrieben der Eisenindustrie, in denen die Arbeit besonders schwierig und gefährlich ist. Die Durchführung der Abstundendicke ist wahrherr durchaus möglich, da die Profits seit 1895 bis 1904 bei dieser Industrie pro Tonne von A. 106 auf 146 gestiegen sind, während die Löhne pro Tonne von A. 45 auf 44 gesunken sind. Dazu kommt, daß die Intensität der Arbeit bei Verkürzung der Arbeitszeit erfahrungsgemäß steigt. Wir werden in der Kommission all unsere Kräfte dafür einsetzen, daß die Vorlagen in den angekündigten Richtungen ausgebaut werden, wir werden dem Volke beweisen, wie Gesetze gemacht werden müssen.“

In gleichem Sinne sprach der zweite sozialdemokratische Nedner, Abgeordneter Geher. Auch diese Vorlage ging an eine Kommission. Nunmehr wird die zweite Beratung des Staats des Reichsamts des Innern ihren Anfang nehmen. Eine Reihe großer sozialpolitischer Debatten steht zu erwarten.

Die Enteignungsvorlage wurde vom preußischen Herrenhaus in der vom Abgeordnetenhaus beschloßen. In namentlicher Abstimmung erklärten sich 143 Mitglieder dafür, 111 dagegen.

In der oppositionellen Minorität befanden sich unter anderen der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Oberbürgermeister Kirschner, der Generalfeldmarschall Graf Haeseler, die Herzöge zu Sachsen-Coburg und Gotha, Herzog Fürstenberg, Herzog Stoßberg-Wernigerode, Staatssekretär a. D. v. Holtmann.

Fürst Bülow wurde — man ist im Herrenhause stets musterhaft, höflich und liebenswürdig — von mehreren Seiten bejubelt. Alzau, trotz braucht er auf seinen „Sieg“ nicht zu sein.

Scharf ins Zeug gingen hauptsächlich Graf Oppersdorf, der alte Fürst Radziwill, Freiherr v. Lichtenauer, v. Buch-Solpe. Sie erklärten den Fürsten Bülow, daß alle Schönreden am Ministerium die Tatsoße nicht aus der Welt schaffen können, daß die Vorlage eine Verfassungsverleugnung bedeutet, daß sie die Erhöhung unter den Polen festigen wird, daß sie eine durchaus dethekte und unmoralische Maßregel ist, auch daß Cardinal-Kopp würde sich in vorstehenden und wohlertogenen Wendungen erneut gegen die Vorlage. Mit besonderer Schärfe ging Graf Oppersdorf ins Zeug, der dem Fürsten Bülow das treitende Wort zufiel, die Verfassung sei kein königlicher Katechismus.

Der Interimspräsident fühlte sich veranlaßt, beteuern von der Stetigkeit der Ostmarkenpolitik zu reden. Er hat sich im Ausdruck geirrt: Stetigkeit ist richtiger. Denn läßt sich verfolgt die Regierung hier, von den Nationalen getrieben, den falschesten Weg, den es gibt, und der unfehlbar zum Verderben führt.

Breisachs Bevölkerung aber wird durch die Leistung des Unterparlaments abermals aufgerüttelt, nicht nadzulassen im Kampf gegen die schwärzige Reaction; liegt doch in diesem Rückfall des Herrenhauses in seine genannte stumpfe, Stagnation eine neue Aufmunterung des demokratischen Gedankens. Das Volk steht wieder, daß es nur auf seine eigene Kraft vertrauen darf, und daß es alles, was es erreichen will, nur aus eigenen Mitteln gegen die Reaction erreichen kann.“

Über die Erledigung der parlamentarischen Arbeiten hat sich der Seniorenkongress des Reichstages schlüssig gemacht. Es wurde vereinbart, daß die zweite Sitzung des Staats bis etwa zum 24. März und die dritte bis zum 1. April beendet sein soll.

Vor den Osterferien, die am 10. April beginnen und bis Ende April dauern werden, sollen nach die beiden Regierungswirke, betreffend den Wechselprotest und den Verfassungsvertrag, die zweite und -dritte Lesung passieren.

Nach den Osterferien kommen dann die in der Kommissionssitzung befindlichen Regierungsvorlagen in das Plenum und werden dort dann für ihre gelegte berichtete Verabschiedung dem Recht der Session in Anspruch genommen.

Der Seniorenkongress war einig darin, daß der Reichstag voraussichtlich im Mai den Sommer über vertragt werden müsse, da an eine vollständige Erledigung der in Bezug auf die Befreiung der Befreiungsvorlagen im Laufe der gegenwärtigen Tagung nicht zu denken sei. Hierzu käme noch, daß weitere Vorlagen (Pläne und Besoldung, zu 1/2 reform usw.) deren Erledigung allseitig gewünscht wird, in Aussicht stehen.“

Gendarmen gegen streikende Arbeiter. Die sächsischen Regierungen, die mit Preußen in reaktionären Leistungen wetteifert, hat im Landtag eine Vorlage auf Vermehrung der Gendarmerie eingebrochen und begründete diese Forderung unter anderem mit der zunehmenden Agitation der Sozialdemokratie und der notwendigen Überwachung der Streiks und Versammlungen.

Die Kammer verhandelte diese Vorlage am 24. Februar. Der einzige dort stehende Sozialdemokrat, der Abgeordneter Goldstein, bekämpfte die Forderungen der Regierung. Er sagte u. a.: „Es ist auf die Streiks hingewiesen und behauptet worden, diese hätten an Häufigkeit zugenommen. Das ist aber im allgemeinen unrichtig. Die Streiks mögen zahlreicher gewesen sein, aber sie haben an Häufigkeit verloren. Ausschreitungen sind in geringerer Anzahl vorkommen. Es wird auf Einbrüche hingewiesen, die zugenommen hätten. Und deswegen fordert man gleich 18 neue Gendarmen? Ich meine da, daß, wenn man schon eine Begründung gibt, sie auch was wert sein muß. Das kann man aber von diesen Argumenten nicht sagen. Man weißt darauf, daß die zahlreichen ausländischen Arbeiter eine schwärmere Überwachung durch Gendarmen erfordern. Wer hat aber diese Leute heringeholt? In erster Linie die Unternehmer. Es ist leichtlich aber auch festgestellt worden, daß sogar an den Bahnhäfen und den Staates in erster Linie Ausländer beschäftigt werden. Das ist besonders beim Bahnbau bei Robschütz konstatiert worden. Sie ziehen also die Elemente selbst ins Land, die eine polizeiliche Überwachung erfordern sollen und legen sich dann darauf bei. Forderungen von Gendarmen. Es ist schon betont worden, daß Gendarmen zu Dingen verhant werden, die ihrer Eigenschaften fernliegen. Ich habe auch nach der Richtung hin Beschwerden. Da kümmern sich Gendarmen darum, welcher Wirt ein Arbeitgeber ist; es bemühen sich andere, die Wirts zu veranlassen, ihre Sale den Arbeitern nicht zu Versammlungen herzugeben. Was haben sich die Gendarmen um solche Dinge zu kümmern, die sie gar nichts angehen? Ich verweise auch darauf, daß jüngst in der Kommission des Reichstages bei Beratung des Vertragsgeistes der Staatssekretär erklärte, die Saalabtreiberei durch Gendarmen sei als unmöglich zu bestrafen. Die große Zahl von Versammlungen wird ebenfalls zur Begründung der Mehrförderung ins Feld geführt. Ja, zu was schulen Sie denn Gendarmen in die Versammlungen. Das ist ganz überflüssig. Lassen Sie das sein, dann können Sie Gendarmen.“

Die gutgekennzeichnete Mehrheit der Kammer bewilligte natürlich die Vermehrung der Gendarmerie.

**Bayern:**  
Selb (Sperrre über Jäger & Werner), Diessen (Stegk), Wasserburg (Sperrre über Nabauer), Ansbach (Sperrre über Reuter);

#### Friesenleger:

Berlin (Sperrre über Fr. Pfleider, Groß-Görschenstr. 21 und O. Ramin, Schöneberg, Schwäbischestr. 1), Duisburg (Sperrre über Gr. Bönnig), Rendsburg (Sperrre über das Walzwerk in Audorf und die Karlschütte), Strassburg i. Els. (Sperrre über die Geschäfte von Hoffmann und Silberstein, Schwimm-

#### Tarifverhandlungen in Essen.

Eine Zugeständnis: kein Friede, das ist das vorläufige Resultat der zweitägigen Verhandlungen in Essen, über die Neugestaltung der Tarifverträge in der Rheinprovinz und Westfalen. Das Verlangen der Unternehmer, über die Tarife in Bonn, Köln, Crefeld, Düsseldorf, Barmen-Ellerfeld, Solingen usw., sowie über den Bezirk Tarif des weitläufigen Industriegebiets gemeinsam an einem Orte zu verhandeln, hatte ein Verhandlungsparlament von rund 100 Personen zusammengeführt, die Montag, den 24. Februar, den Essener Rathaussaal bis auf den letzten Platz füllten. Anwesend waren 22 Vertreter der Unternehmerverbände und 78 Vertreter von Arbeiterverbänden. Geleitet wurden die Verhandlungen von dem städtischen Beigeordneten Dr. Biedfeld, worauf es auch zurückzuführen ist, daß die Stadt einen und noch dazu den schönen Raum ihres Rathauses, der Verhandlung zur Verfügung stellte.

Schon hart gestritten wurde gleich anfänglich über die Abgrenzung des territorialen Gebietes. Auch die Unternehmervertreter mussten zugeben, daß sich die Verhandlungen über ein so großes Gebiet äußerst schwierig führen lassen, und daß sich auch das Arbeitsverhältnis dort nicht in allen Orten beider Provinzen gleichmäßig feststellen läßt. Aber die Herren haben es sich einmal in den Kopf gesetzt, für das genannte Gebiet nur einen Vertrag abzuschließen, von welchem Standpunkte sie sich noch so jähren und nachgemäht Reden abdringen ließen. Dagegen ließen sie sich davon überzeugen, daß ein Vertrag, in dem neben Maurern, Zimmerern und Bauhüttenarbeitern auch noch Tischler, Klempner, Dachdecker, Stuhlfabrikanten, Steinleger und Asphaltier zusammengekoppelt werden sollten, unmöglich zu Stande kommen könnte.

Doch die Vorführer der Arbeitervertreter mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Lohnsteigerung und für eine Reihe von Arbeitssätzen auch für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintraten, ihr selbstverständlich. Aber ebenso hartnäckig widerstreiten die Unternehmervertreter. Sehr scharf wurde auch von beiden Seiten für und gegen das Wort „täglich“ im Zusammenhang mit dem Lohnsatz gestritten, nicht minder über die Agitationsklausur und last not least über das Genehmigungsrecht des Vorstandes des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Der Vorstand will befürchtlich keinen einzigen Vertrag früher genehmigen, bis in allen Orten, wo die Unternehmerverbände Tarifverträge haben wollen, solche abgeschlossen sind. Der Ausprägungsborbacht des Unternehmerbundes schlägt dort, wo Verträge zu Stande gekommen sind, wurde mit frägtigen Schlägen festgehalten.

Am Abend des ersten Verhandlungstages standen die Parteien in allen Fragen „hart auf hart“. Einer Einigung war man um keinen Schritt näher gekommen. Immerhin mochte man auf beiden Seiten hoffen, doch noch eine Vereinbarung herbeizuführen, und die Verhandlung stimmte einem Vorschlag des Herrn Dr. Biedfeld zu (dem es übrigens wiederholt gelungen war, die hochgehenden Wogen zu glätten), am Dienstag in einer erheblich verkleinerten Kommission mit der Spezialberatung zu beginnen.

Nun stellte sich heraus, daß die Unternehmer ihrem Tarifentwurf nachträglich noch die Bestimmung eingefügt hatten: „Dieser Arbeitsvertrag hat nur Gültung für die vertragsschließenden Parteien.“ Das hört sich ganz schön an, und die Arbeiter wollen natürlich auch mit anderen „Parteien“ in diesem Zusammenhang nichts zu tun haben. Aber die Unternehmer wollen etwas ganz anderes, nämlich die unorganisierten Arbeiter außerhalb des Vertrages stellen. Diese Arbeiter, die in einigen Orten leider ja noch eine erhebliche Zahl ausmachen, sollen zu längerer Arbeitszeit angeholt und mit niedrigeren Löhnen abgesetzt werden, als sie im Vertrage festgelegt wären. Damit wollen die Unternehmer selbstverständlich keinen sanften Druck auf die unorganisierten Arbeiter ausüben, damit diese sich ihrer Organisationen anfügen. Ach nein! Die Herren Arbeitgeber wollen sich ein Loch offen lassen, um fortgesetzt den Vertrag umzugehen und durchzubrechen zu können. Dafür die Arbeitervertreter dem nicht zustimmen konnten, ist selbstverständlich. Aus demselben Grunde wollen sich die Unternehmer „freiwillig“ über Stunden jähren, wie sie sich auch vorbehalten in „bedrohten Fällen“ über Stunden angeworden. Auf die Forderung der Arbeiter, daß Überstunden sowie Nacht, Sonn- und Feiertagsarbeiten nur in dringenden Fällen gefordert und geleistet werden sollten, wollten sich die Unternehmer absolut nicht einlassen. Schließlich gaben sie zu, daß hinter ihrem „besonders“ unter „dringenden“ in Klammern eingeklammerten Fällen die „freiwilligen“ Überstunden, die als solche nicht bezahlt werden sollen und auch über die Bezahlung der dringenden Überstunden kam es nicht zu einer Vereinbarung.

Die Zimmerer des Industriegebiets fordern für Dorfmund und Eger die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden, welcher Forderung die Maurer- und Bauhüttenarbeiter sich nachträglich angegeschlossen haben; diese fordern die Verkürzung auch für Böckum. In den rheinischen Städten Köln, Düsseldorf, Barmen-Ellerfeld und Solingen besteht schon die neuerhalbstündige Arbeitszeit; gefordert wird diese von den Arbeitern nun auch für Remscheid und Crefeld. Die Unternehmervertreter lehnen dies mit Hand und Fuß ab, dagegen wollen sie in sechs Orten des Industriegebiets die Arbeitszeit um eine und in vier weiteren Orten um eine halbe Stunde — auf elf Stunden verlängern. Resultat: Vereinbarung aufgeschlossen.

#### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperrern, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

#### Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

**Hansastädte:**  
Spadenland (Sperrre über Nehen), Ochsenwälder (Sperrre über A. Blecken), Travemünde (Sperrre über Söhrmann), Bremerhaven (Streik, der Stukkaturen), Cuxhaven (Sperrre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmar aus Bremen);

##### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrre über Callesen), Wedel (Sperrre über Hatje), Husum (Sperrre über Petersen), Itzehoe (Sperrre über die Alsenische Zeimentfabrik in Lügendorf), Tondern (Aussperrung);

##### Mecklenburg:

Güstrow (Sperrre über Thielke), Brunshaupten (Differenz);

##### Brandenburg:

Guben (Aussperrung), Seidenberg (Sperrre über Ulrich Margakoloni), Jüterbog (Sperrre über H. Niendorf in Malterhausen und Rüger Wwe. in Treuenbrietzen [im „Alten Lager“]);

##### Pommern:

Pritz (Differenz), Köslin (Sperrre über Schüttner);

##### Posen — Schlesien:

Weisswasser (Sperrre über die Opoleserwerke), Görlitz (Sperrre über Pötschke in Horitz);

##### Königr. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berlinerstraße, in L.-Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstraße, in L.-Leutzsch Eisenziesserei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerheinstraße, und M. Steyskal, Sohrstraße), Naumburg (Sperrre über H. Goltzsch, vormals Küpper & Schrot);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Halle a. d. S. (Sperrre über den Fabrikneubau von Prinzler & Söhne und über die Hallische Zementfabrik);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Nörderney (Aussperrung), Braunschweig (Sperrre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfsbüttel, Blankenburg a. H. (Sperrre über den Steinbruch der Firma Beck), Wunstorff (Differenz);

##### Nessen und Waldeck:

Gießen (Sperrre über Bernhard in Kleinlinden), Schmalcalden (Sperrre über Peter);

Ebenso ging es bei der Beratung des „Normallohnes“ für „Normalarbeiter“. Die Vorfürscher der Arbeiterversammlungen gingen nochmals kurz auf die Verhältnisse ein; die eine Erhöhung des Lohnes unabwiesbar machen, wie sie auch eindringlich nachwiesen, daß die Löhne der Arbeiter nicht abhängig sein dürfen von Angebot und Nachfrage und von der verminderteren Tätigkeit. Grundsätzlich müsse gefordert werden, daß die Löhne mit den Marktpreisen der Lebensmittel und aller notwendigen Bedürfnissen in Einklang gebracht würden. Die Lebenshaltung der baugewerblichen Arbeiter in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk sei infolge der Teuerung aller Lebensbedürfnisse so tief gesunken, daß kein sozial deitender Mensch eine merkbare Lohnerschöpfung abweisen dürfe. Stilschönwährend müssten die Unternehmervertreter anerkennen, daß auch in ihrem Haushalten in den letzten 25 Jahren die Bedürfnisse um 50 bis 100 % gestiegen seien, ohne daß man ihnen den Vorwurf besonderer Verschwendungen machen könne. Sie müssten anerkennen, daß alle Staaten und Kommunen die Gehälter ihrer Beamten erhöhen müssten, weil die Bedürfnisse entsprechend dem Stande der Kultur gestiegen und gleichzeitig die Befriedigung der Bedürfnisse teurer geworden sind. Daselbe trifft auch auf die Arbeiter zu, nur mit dem allerdings sehr beschämenden Unterschied, daß die Arbeiterschaft noch gar nicht einmal in die Lage gekommen ist, auch nur den Ansängen der Bedürfnisfrage genügen zu können.

„Es nützt nichts!“ Die Unternehmer wollen unter allen Umständen den Lohn der Arbeiter von Angebot und Nachfrage abhängig machen. Und überdies wollen sie für normale Arbeiter überhaupt keinen Lohn tariflich festsetzen, sondern nur für „tüchtige“ Arbeiter. Und den Lohn der in ihren Augen „tüchtigen“ Arbeiter wollen sie so niedrig bemessen, daß er für den Durchschnittsmenschen um mindestens 50 % zu niedrig ist. Wenn die Tüchtigkeit noch besonders bezahlt werden soll, dann muß der jetzige Lohn verdoppelt werden.

Der im Baugewerbe kaum definierbare Begriff „tüchtig“ war überhaupt ein Gegenstand langer und lebhafter Auseinandersetzungen; ebenfalls die von den Unternehmern beschäftigte Lohnfazierung um 15 % für „untüchtige“ Arbeiter, wie auch andere zweideutige Bestimmungen in dem Tarifvertrag des Unternehmerverbands.

Eine gehabende Bedeutung fanden auch die verschiedenen „Geheimerlässe“ und Zeitungsnotizen der „Arbeitgeberverbände“, die klipp und klar beweisen, daß sich die Unternehmer ganz außerordentlich viele Vorteile durch den von ihnen gewollten Vertrag gegenüber dem alten verredeten. Ebenfalls wurde festgestellt: was die Unternehmer zwar bestreiten, daß die Leistungen der Arbeitgeberverbände bestreitfähig sind, die Baufonction vorläufig künftig zurückzuhalten.

Auf die präzise Frage: ob die Unternehmervertreter geneigt seien, den Lohn zu erhöhen und das Wort „tüchtig“ und andere seitländische Vorbehalte zu streichen, erklärte der Vorsitzende der Unternehmerverbände, daß zu nicht in der Lage zu sein.

Hiermit hätten die Verhandlungen eigentlich abgeschlossen werden können. Nach einem Vorschlag des Herrn Dr. Wiedfeldt sollten aber noch andere, mehr nebenfachliche Punkte durchgesetzt werden, damit diese, wenn später über die Hauptpunkte eine Einigung erzielt werde, die „Kleinigkeiten“, keine Schwierigkeiten machen. Große Lust war hierzu freilich nicht mehr vorhanden. Man hatte allerdings die Überzeugung, daß in den Hauptpunkten auch fernerhin keine Überbildung der Gegenseite möglich sei. Die Debatte ergab denn auch, daß die Unternehmervertreter in keinem der bestehenden Differenzpunkte Zugeschäftsmaßen machen. Dr. Wiedfeldt mußte konstatieren, daß eigentlich in keinem Punkt eine Einigung erzielt worden sei.

Es kamen nun drei Wege in Betracht: erstens fortzufahren und in erneuter Diskussion doch eine Verständigung zu erzielen; zweitens die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zu vertagen; drittens die Verhandlungen überhaupt als gescheitert zu betrachten. Die Unternehmervertreter zogen sich auf zehn Minuten zurück, um zu dieser Fragenstellung zu nehmen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Wiedfeldt im Namen der Arbeitgebervertreter, daß sie eine Vertragung der Verhandlungen auf vier Wochen wünschten. Maiweg gab namens der Unternehmervertreter folgende Erklärung ab: Wir sind mit einer Vertragung, möglichst nicht über Mitte März hinaus, einverstanden. Woraus folgt, daß die weitere Verhandlung ist, daß die Arbeitgebervertreter bis dahin erklären, daß sie auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf eine Erhöhung des Lohnes verzichten, und ferner den Unternehmern zugesetzen, daß sie „Herrnen im Hause“ bleiben dürfen.

Die Arbeitgebervertreter wollen ohne Vorbehalt an die weitere Verhandlung herantreten, sie lehnen es ab, vorher Erklärungen abzugeben. Schließlich werden die Verhandlungen auf den 23. März vertagt.

Mit einem Dank an Dr. Wiedfeldt wurde die Sitzung gegen 8 Uhr abends geschlossen.

**Mit dem Zweistarif** sollen nun auch die Berliner Kollegen „begnügt“ werden. Wie das „Centralblatt für das deutsche Baugewerbe“ mitteilt, hat die Generalsammlung des Unternehmerverbands auf Antrag des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten beschlossen und den Bundesvorstand beauftragt:

die von den Landes-, Bezirks- oder Lokalverbänden eingereichten Tarifverträge nicht eher zu genehmigen, bevor nicht der Lokalverband Berlin mit Genehmigung des Bundesvorstandes einen Tarif gemeinschaft mit den zentralorganisierten baugewerblichen Arbeitern abgeschlossen hat.

Wie schnell doch die „Gestaltung“ der Berliner Herren Arbeitgeber umgeschlagen ist. Im Spätsommer b. J. nach der Beendigung des Streits, konnten die Herren Friedler, Heuer, Dahl nicht genug Rühmens machen von der tariflosen Zeit. Sie gaben sich wohl der Hoffnung

hin, daß sie nach der „Niederwerfung“ der Arbeiter diese ohne Tarif nach Herzhaft drücken könnten; sie haben ja auch eine Lohnreduktion beschlossen und stellenweise auch durchzuführen vermögen. Aber — „geltende Herren“ regieren bekanntlich nicht lange. Und nun fängt wohl schon im Verband der Baugeschäfte von Berlin das Gräueln vor seinem eigenen Werke an. Nun möchten die Herren wieder einen Tarif haben.

Die baugewerblichen Arbeiter von Berlin werden ohne Frage bereit sein, wiederum ein Tarifverhältnis mit dem Unternehmerverband einzugehen, das aber der „Mustertarif“ des Unternehmerverbands vor den Arbeitern nicht erkannt wird, darüber sollten sich doch mindestens die leitenden Personen des Berliner Unternehmerverbands klar sein.

### Gau Berlin.

Aus Gütersloh ist zu berichten, daß die Sperrre über die Firma Wm. Müller nach einer Dauer von 16 Wochen freigedeckt ist. Der Geschäftsführer der Firma hat dem Vorstand unseres Treubündiger Vereins und zwei stellenden Kollegen die Erklärung gegeben, daß er jetzt den Lohn laut Gütersloher Tarif ziehen werde und seine „Sichererien“ mit den Gütersloher nicht haben möchte. Die Sperrre über den Unternehmer Niendorf in Münsterhausen, der gleichfalls Arbeiten in Gütersloh (im „Alten Lager“) übernommen hat, dauert fort.

### Gau Bremen.

In den Unternehmerorten standen die Stuttgarter für einige Wochen im Streit, wodurch auch die Maurer, besonders die Bassadenpußer, in Mitteldeutschland gezwungen wurden. Eine sehr berechtigte Warnung vor Zugang hat nun den belauerten Herren Küttner in Bremenhaven vorgetragen, die dortigen Unternehmerverbände, darunter vertritt, daß er unserem Zweigverein Bremenhaven vor das Ultimatum gestellt hat, die „verhängte Sperrre“ sofort aufzuheben, dieses dem Unternehmerverband schriftlich mitzuteilen und eine entsprechende Notiz in den nächsten Nummern des „Grundstein“ erscheinen zu lassen; andernfalls der Unternehmerverband seine weiteren Entschließungen treffen würde.

Wir können dem Herrn Küttner vertraten, daß wir in diesem Falle über keine Entschließungen lachen. Streit, die uns, wenn auch nur mittelbar, angehen, werden wir immer mitteilen und die Mahnung, daran anzuknüpfen, den Zugang fernzuhalten. Aufgrund ist nun an demselben Tage, wo Herr Küttner das „Ultimatum“ zu Papier brachte, der Streit der Stuttgarter beendet worden, und deshalb wird die Warnungsnotiz für die Maurer gegenstandslos. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wegen des Streits arbeitslos gewordene Maurer noch nicht alle wieder eingestellt sind, und daß zur Zeit ein Mangel an Arbeitskräften in Bremenhaven-Gesmünden-Lehe nicht vorhanden ist.

Die Unternehmer in Nienburg wollen unseren Kollegen mit kleinen Abstechen begnügen. Nachdem die Witterung längst das Arbeiten erlaubt, werden unsere Kollegen von Woche zu Woche hingehalten. Als fiktiv unsere beiden Häuslichkeitseren nach dem Unternehmer für alle lauenen anzufragen, wann sie wieder anfangen könnten, meinte der gute Herr, sie könnten überhaupt ausstecken, das arbeiten hätte doch keinen Zweck mehr. Dagegen sucht erfahrene Maurer nach Nienburg zu lodern; dies sind also Maßregeln, die unsere Kollegen zum Frühjahr recht gefügt machen sollen. Die Unternehmer wittern, daß unsere Kollegen nicht mehr für einen Stundenlohn von 45 % arbeiten wollen. Unsere Kollegen hoffen, ob dieser kleinen Abstechen erst recht die Maurer. Nur zu! Was die Unternehmer sagen, werden sie erraten!

In Nordhausen ist am 27. Februar mit den Unternehmern verhandelt worden. Der Mustertarif bildet auch hier die Grundlage der Unternehmer. An der Verhandlung nahmen die Maurer und Bauarbeiter und deren Gavvorsitzende teil; die Zimmerer waren nicht dabei. Die Maurer und Bauarbeiter hatten zu dem Mustertarif ihre Abänderungsanträge gestellt. Nach abständiger Beratung wurden sie bis auf weiteres vertragt. Die Unternehmer lehnten sämtliche Forderungen der Maurer und Bauarbeiter ab; unseiters wurden die Summungen der Unternehmer ganz energisch zurückgewiesen. Der Unternehmer Adene meinte, wir könnten uns ja erst noch einmal einige Wochen halten, vielleicht würden wir später geneigt sein, den Mustertarif anzuerkennen. Das Unternehmertum an der Unterwerke dürfte sich ebenso täuschen, wie seine Geschwister im übrigen Deutschland.

In Enden drangen die Unternehmer gleichfalls auf Annahme ihres Mustertarifs. Zum dritten Mal wenden sie sich mit einem Schreiben an unsere Kollegen. Das letzte Schreiben vom 25. Februar lautet:

Da wir bis zum 15. März d. J. mit den Verhandlungen beginnen, der Durchberatung der Tarifverträge beginnen, so laden wir Sie hierzu nochmals auf den 4. März d. J., abends 8 Uhr, in der „Wölfe“ ein. Wir bemerken hierzu noch, daß wir vom 1. April 1908 ab nicht ohne Tarifvertrag arbeiten lassen dürfen. Um überzeugen wir auf unser Schreiben vom 5. und 15. Februar 1908.

Unsere Kollegen werden den Unternehmern ihre Forderungen unterbreiten und zu den Unterhandlungen einladen. Unsere Kollegen in Göttingen, die im Jahre 1906 unseres Verbands den Süden lehrten, haben eingesehen, daß sie damit einen Fehler gemacht haben; sie haben sich wieder organisiert. Die Unternehmer in Göttingen haben sich gleichfalls dem Arbeitgeberbunde angegeschlossen.

In Leer haben die Unternehmer auf die Forderungen geantwortet, daß sie sich mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage nicht entschließen könnten, eine Lohnerschöpfung einzutreten zu lassen.

### Gau Erfurt.

In Eisenach haben die Bauarbeiter die Arbeit überberlegt, wodurch zweifelhaft auch unsere Kollegen in Mitteldeutschland gezogen werden; man wolle darum Eisenach meiden.

### Gau Görlitz.

In Hoyerswerda, einem Dorfe bei Görlitz, klagen die Unternehmer Pötschke aus Niesky den Lohn um 8 % pro Stunde;

bisher wurden 35 % gezahlt. Die dort beschäftigten Kollegen verlieren die Arbeit und der Zweigverein verhängt über den Bau die Sperrre.

### Gau Hamburg.

In Sondern sind sämtliche Maurer und Zimmerer am 24. Februar ausgesetzt worden. Die Bauarbeiter seitens einen Tarif für zwei Jahre anstreben, wonach der bisherige Lohnsatz beibehalten werden soll. Als sich die Bauarbeiter hierauf nicht einlassen wollten, wurde ihnen der Lohn sofort um 5 % pro Stunde gefügt. Hierauf stellten die Bauhülfssarbeiter die Arbeit ein. Nach acht Tagen wurden nun die Maurer und Zimmerer aufgefordert, auf die Streitenden einzutreten, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen. Dieses Anstreben wurde zurückgewiesen, und die Folge war die Aussperrung der Maurer und Zimmerer. Die Unternehmer drohen damit, seinen Maurer, Zimmerer oder Bauhülfssarbeiter wieder einzustellen, ehe nicht alle drei Berufe den Lohnsatz der Unternehmer anerkannt haben. Abwartend! Zugang nach Sondern und Umgegend ist streng fernzuhalten.

### Gau Leipzig.

Die Lohnbewegung der Kollegen in Tuchern ist erlebt. Sie forderten 45 % Stundenlohn, gute Behandlung, bessere Beachtung der Polizeivorschriften und Regelung des Lehrjahrs weisens. Bei den mündlichen Verhandlungen entzog man sich auf 43 % für die Jahre 1908 und 1909 und 45 % vom 1. Januar 1910 an. Dieses Anstreben soll zwei Jahre gelten. Die Baufähigkeit ist gut.

### Gau Südbad.

In Ahrensburg fordern die Kollegen eine Lohnerschöpfung von 47 auf 52 %. Die Unternehmer wollen aber anscheinlich diesmal recht billig davon kommen; denn sie boten eine Pfennig. Die Kommission hat den Unternehmer bereits erklärt, daß auf Annahme eines so schlechten Angebotes nicht zu rechnen sei.

Den Unternehmern in Brunsbüttel ist es recht ungemein, daß wir vor Zugang warnen. Sie verlangten am 9. Februar die Freigabe des Zuganges. Wenn dies bis zum 19. Februar nicht geschieht sei, würden sie unorganisierte Maurer, die sich in Massen angeboten haben, einstellen. Dieses Anstreben lehnen die Kollegen rundweg ab. Den Unternehmern würde mitgeteilt, daß die bestehenden Differenzen sehr leicht zu befehligen seien, wenn sie ihren bisherigen hartnäckigen Standpunkt ändern würden. Gejährt dies, dann wären wir nach wie vor zu weiteren Unterhandlungen bereit. Hierauf fand am 22. Februar eine nochmalige Unterhandlung statt. Die Unternehmer mäden auch ein besseres Angebot, nämlich 4-8 für dieses und 1-8 für das nächste Jahr. Die Kollegen erklärten sich bereit, für 1908 das Gebotene Pfennig ab. Darauf wollten die Unternehmer sich aber nicht einlassen, und so sind die Differenzen noch nicht beigelegt. Vielleicht gelingt es noch, an einem friedlichen Abschluß zu kommen.

In Lübeck machte der Arbeitgeberbund am 29. Januar das Angebot, den bestehenden Vertrag auf zwei Jahre zu verlängern. Hierauf konnten sich die Kollegen aber nicht einlassen; sie lehnten den Vorschlag ab. Wenn sich der Arbeitgeberbund bereit erklärt, einen neuen verbesserten Vertrag mit den Lübecker Maurern abzuschließen, so sind sie bereit, ihre Forderungen zu formulieren. Ob die Antwort im beobachtenden Sinne ausfällt, ist sehr zweifelhaft. Anscheinend beeilen sich die Unternehmer, gemäß ihrer Beschlüsse, auf eine Ausprägung vor.

Bei Sperrre über das Schrammische Geschäft in Travemünde ist zu berichten, daß sich im Laufe der Zeit einige „Arbeitswillige“ dort eingefunden haben, mit welchen die notwendigsten Arbeiten fertiggestellt werden sollen. Zugang ist auch fernerhin fernzuhalten.

In Teterow, wo für unsere Kollegen keinerlei Verbindlichkeiten mit den Unternehmern bestehen, scheint den Leitern die Zeit lang geworden zu sein. Sie veranlaßten eine Unterhandlung und boten für dieses Jahr 2 % Lohnerschöpfung pro Stunde, lehnten aber die Zahlung eines Landgeldes ganz entschieden ab. Eine Versammlung unserer Kollegen, die am 1. März in Gr. Wöder stattfand, erklärte sich bereit, den gebotenen Stundenlohn von 40 % anzunehmen, beschloß aber auch, auf die Zahlung eines Landgeldes zu bestehen. Die Unternehmer wollen gern einen Vertrag mit uns abschließen. Hoffentlich kommen sie nicht mit dem „Mustervertrag“, wenn etwas daraus werden soll.

### Gau Stettin.

In Arnswalde verließ die erste Verhandlung resultlos. Am 10. Februar wandte sich der Obermeister der Innung an den Gauvorsitzenden mit dem Erüben, an den Verhandlungen mitzuwirken. Am 18. Februar boten die Unternehmer einen zweijährigen Vertrag mit einer Lohnerschöpfung von 2 % pro Stunde. Am 27. Februar stimmte eine Mitgliederversammlung dem Vertragsabschluß zu. Von dem Mustertarif ist in den Bestimmungen nichts enthalten. Trotz des Vertragsabschlusses gefallt sich die Unternehmer darin, einige Kollegen unter allerhand wichtigen Vorwänden vor der Arbeit auszuweichen. Die Arbeit ist sozimäßig in Angriff genommen, jedoch noch nicht vollständig.

Der Zweigverein Görlitz hat eine Forderung auf 42 % Stundenlohn eingereicht, aber nicht daran gedacht, eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10½ auf 10 Stunden zu fordern. Der Gauvorsitzende hat man nicht um seine Meinung gefragt. Die Unternehmer boten bei zwanzigjähriger Vertragsdauer 40 % pro Stunde. Am 28. Februar erklärte sich eine Mitgliederversammlung für 40 % pro Stunde, einen einjährigen Vertrag und Einführung der achtstündigen Lohnsatzung. Am 29. Februar ist der Vertrag unterzeichnet worden.

Bei den Unternehmern in Pößnitz haben die Befreiungs- und Entlastungsmaßnahmen des Arbeitgeberbundes argen Unheil angerichtet. Es ist zuviel auf einmal für „unschuldige“ Gemüter. Nach dem Einreihen unserer Forderung wurden in den einzelnen Kontoren Disputierabende über freie Gewerkschaften, Christen und Gelbe eingerichtet. Die Unternehmer müssen nun recht ungern Leute gewesen sein, denn der Erfolg blieb aus. Im Laufe des



Millionen, also 74 Millionen Stück weniger; während die Differenz in den ersten drei Quartalen nur 54 Millionen betrug. Auch in diesem Jahre sind die Aussichten nicht günstig, trotzdem die großen Bahnhofsanlagen in Dortmund, Hagen und Langendreer noch lange nicht beendet sind und dazu jetzt noch andere große Neuauflagen für Herne und Wanne beschlossen sind. Ebenso sind in einigen kleineren Orten von den Zeiten größere Kolonieanlagen geplant; auch der Fiskus fordert bestimmt M. 55 000,- für Anlage neuer Schäfte. Gegenwärtig hält auch noch der „Arbeitsüberstand“ die Arbeit häufig zurück, um durch längere Arbeitslosigkeit die Arbeiter mürbe zu machen. Aus einigen Orten wird uns berichtet, daß die Unternehmer in ihren Versammlungen beschlossen hätten, bis Ende April die Arbeit überhaupt ruhen zu lassen.

**Lohnbewegungen** wurden im Berichtsjahr nur wenige geführt, da der weiteste Teil des Gaus zum rheinisch-westfälischen Vertragsgebiet gehört. Verträge wurden abgeschlossen mit nur brüder organisierten oder einzelnen Unternehmern in Aachen, Mönchengladbach, Halver und Brüggen. In Aachen betragt die Lohnhöchstung 8 % pro Stunde, in den übrigen Orten 4 %. Zur Arbeitsniederdarlegung kam es nur in Rheinhausen. Hier wurden nach acht Tagen Verhandlungen seitens des Bürgermeisters von Triemersheim angehoben, die dann auch zum Abschluß des Vertrages führten. In Bergkamen konnten die aufgestellten Forderungen wegen einer Anzahl dort beschäftigter italienischer Kollegen nicht durchgeführt werden. Wegen Nichtinhaltung des Tarifs, namentlich wegen Nichtinhaltung der tariflichen Arbeitszeit, kam es zu mehreren Sperren, die aber leider nicht alle von Erfolg waren. Von den Fliesenlegern mußten ebenfalls mehrere Sperren verhängt werden, weil sich die Unternehmer des Plattenwerkes durchaus nicht an die Bestimmungen des abgeschlossenen Vertrages gehalten können. In diesem Jahr wird sich die Lohnbewegung über den ganzen Gau mit Ausnahme einiger kleiner Orte, wo weder die Arbeiter noch die Unternehmer organisiert sind, erstrecken.

**Neben der Mitgliederbewegung** ist infolge des Rückgangs der Bautätigkeit, und weil die Zahl der unorganisierten nur noch gering ist, nicht mehr so günstiges zu berichten wie in den früheren Jahren.

**Die Mitgliederzahl**, betrug:

1. Quartal 1906	8085	1907	9214
2. " "	10186	"	11246
3. " "	11075	"	10927
4. " "	7684	"	7880

Während wir also im ersten und zweiten Quartal noch einen kleinen Fortschritt gemacht hatten, wiesen die beiden letzten Quartale schon einen, freilich nicht bedeutenden Rückgang gegen das vorige Jahr auf. Trotzdem hat sich die Beitragszahlung etwas besser gestaltet, wie aus der Zahl der verlaufenen Beitragsmarken hervorgeht. Es wurden verlaufen im Jahre 1906 367 941, im Berichtsjahr 382 541. Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug demnach bei 4 vollgezahlten Wochenbeiträgen 8564 gegen 9198 im Jahre 1906. Auch die Eigenbeiträge sind verhältnismäßig gut geprägt worden, mit Ausnahme einiger Kolonien ungarischer, böhmischer und tschechischer Kollegen, die sich überhaupt nicht, die Extrabreitze zu zahlen.

**Neuaufgenommenen** wurden in diesem Jahr 4959 gegen 7165 im vorigen Jahr, also 2206 weniger; von den Eingetretenen waren angeblich 367 bereits früher Mitglied des Verbands. Die Flutuation war, wohl infolge der geringer Bautätigkeit, noch größer als in früheren Jahren. Anmeldungen erfolgten 1906: 7775, 1907: 8524 + 749; Abmeldungen 1906: 8775, 1907: 10 369 + 1594; der sonstige Abgang betrug 1906: 794, 1907: 920 + 126. Aus obigen Zahlen ist aber auch zu ersehen, daß sich die Mitglieder ihrer Pflichten bezüglich der An- und Abmeldungen etwas mehr bewußt geworden sind. Zimmerer gibt es noch viel Mitglieder, die sich erst nach Wochen, ja manchmal nach Monaten anmelden und das Abnehmen dann überhaupt vergessen. Hier muß es zunächst Aufgabe der Baudelegierten sein, die Mitgliedsbücher auch bezüglich der An- und Abmeldung zu kontrollieren. Dann könnte aber auch der Hauptvorstand bei Ausstellung der Reisefestlegungen einen gewissen Druck ausüben; denn wir haben Reisefestlegungen gesehen, deren Inhaber sich in acht bis zehn Orten an aber nirgends abgemeldet hatten. Es würde sich überhaupt empfehlen, Bestimmungen zu treffen, nach welchen solchen Mitgliedern die Unterstützung entzogen werden kann, damit sich wenigstens die reisenden Mitglieder an Ordnung gewöhnen. Ein weiterer Nebenstand ist es, daß es trotz aller Kritik immer noch eine ganze Anzahl von Mitgliedern gibt, die abreisen, ohne ihren Kojiwirten die schuldige Karte zu zählen. Hier im Industriegebiet, wo es so schon mit dem Logiswesen äußerst schlecht bestellt ist, wird es den ehrlichen Kollegen durch das Gebaren dieser Leute noch mehr erschwert, ein anständiges Logis zu erhalten. Außerdem wird wieder auch das Ansehen der Organisation durch diese Kollegen geschädigt.

Die Zahl der Zweigvereine betrug am Jahresende 22. Herzlich ist als Jubiläum des Zweigvereins Hagen angedeutet worden; neue Zweigvereine wurden nicht gegründet.

Die Versuche, die Arbeiter der Zementindustrie zu organisieren, sind bisher leider von recht wenig Erfolg gekennzeichnet. Umjörne und Berndorf haben die Zweigvereinsvorstände ihr Augenmerk besonders auf diese Gruppe gerichtet. Die Zahl der Fliesenlegersktionen hat sich um zwei, nämlich Hamm und Hamm, vermehrt.

Die Agitation war auch im Berichtsjahr äußerst rege. Außer dem Flugblatt des Hauptvorstandes sind vom Hauptvorstand herausgegeben: ein italienisches, ein holländisches Flugblatt, eins für Fliesenleger, eins für Zementierer und eins für Fabrik- und Zechenmauerer. Nach der Verbreitung des Flugblattes des Hauptvorstandes sowie im Herbst wurden in allen Zweigvereinen und Zählstellen außerordentliche Mitgliederversammlungen vom Hauptvorstand angeregt. Im ganzen haben stattgefunden 1304 Mitglieder- und 47 öffentliche Versammlungen; 412 Sitzungen der Zweigvereinsvorstände und 138 Neuwahlen seitens der Neujahrs. In den Zweigvereinen Lippestadt, Münster, Alzey und Soest klappte in einer ganzen Anzahl von Zählstellen was es nicht möglich, auch nur eine Versammlung abzuhalten, da uns Lokale nicht zur Verfügung standen. Die Zahl der öffentlichen Versammlungen ist darum so gering, weil sich herausgestellt hat, daß diese einen agitatorischen Wert nicht mehr haben. Sie waren

größtenteils schwächer besucht als die Mitgliederversammlungen. Vorstandssitzungen haben in den meisten Zweigvereinen regelmäßig alle 14 Tage stattgefunden, in einigen jedoch nur einmal im Quartal. Die Zählstellen können sich größtenteils noch nicht an regelmäßige Vorstandssitzungen gewöhnen. Das die Neujahrswochen nicht ihrer Pflicht genügt haben, beweist die geringe Zahl der vorgenommenen Revisionen. Meistens wird nur nach Fertigstellung der Quartalsabrechnungen revidiert und dann erscheinen häufig auch nur einzelne der Neujahrs. Die Wohnung an die, ob etwas ernster mit ihren Pflichten zu nehmen, muß deshalb nachdrücklich wiederholt werden.

Dass die Mitglieder aus der Aussperrung 1905 und aus den Vorbereitungen des „Arbeitsverbundes“ gelernt haben, geht auf den Finanzbehältnissen der Zweigvereine her vor. Der Kassenbestand der Zentralstelle am Schluß des Jahres 1906 betrug M. 28189,44, die Einnahmen im Berichtsjahr M. 96 649,41, die Ausgaben M. 78 178,14 und der Bestand am Jahresende M. 46 120,2; das ist also ein Mehr von M. 18 322,58. Die meisten Zweigvereine erheben jetzt einen Zollabzug von 10 %. Nur Gelsenkirchen, Hörde, Lüdenscheid, Soest und Unna erheben noch 5 %. während es die kleinen Zweigvereine Borghorst, Lippestadt, Plettenberg, Rheine, Wester und Witten noch bei dem alten Modus der Kolportagemaarten belassen haben.

Am Korrespondenzen gingen 1073 ein und 1855 aus.

Der „Arbeitsverbund“ hat auch im verlorenen Jahr auf alle möglichen Art seine Position zu stärken gesucht, und dies ist ihm, wenn auch häufig mit recht eigenartigen Mitteln, gelungen. Beschleunigte Einheitspreise für die einzelnen Orte, Verträge mit dem Ziegelindustriellen, dem Zementindustriellen, den Baumaterialienhändlern usw. sichern den Mitgliedern und auch der Bundesstelle ganz bedeutende Vorteile. So ging eine Polizei durch die Sitzungen, wonach der Ortsgruppe Lüdenscheid, die auch Einheitspreise festgesetzt hat, beschlossen haben soll, daß jeder Unternehmer der südlichen Arbeiten ausübt, verpflichtet ist, ein Prozent des Gehaltsbeitrages an die Bundesstelle abzuführen. Natürlich ist infolge des in seines Gesetzes der „Grundstein“ einen völlig unanfechtbaren Satz des „Grundstein“-Artikels zu lesen, der die Zimmerer angeblich verunglimpfende Satz im „Grundstein“ lautet:

„Von den materiellen Fragen stand die Arbeitszeitverkürzung in dem Vordergrund. Hier ist zunächst eine Disonanz zwischen den Arbeiterorganisationen selbst zu erwähnen: Während die Verbände der Maurer, der Baugewerbe, Hüftlärbeiter und der christlichen Bauhandwerker und Bauhüftlärbeiter (leider auch für die ihm angehörenden Zimmerer) in den Arbeitsbezirken Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höxter, Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden und Cassel die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden fordern, nimmt der Zimmererverband hiervom Abstand. Im Prinzip ist ja auch der Zimmererverband für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber aus Opportunitismus (des geringen Lohnes wegen) glaubten seine Vertreter die Forderung nicht erheben zu dürfen. Nun ist ja gewiß der Lohn in Frankfurt und den anderen in Betracht kommenden Orten, der durch die jetzigen Forderungen erst von 54,- auf 60,- (in Mannheim-Ludwigshafen 65,-) gebracht werden will, viel zu niedrig, nichtsfähiger ist aber die Arbeitszeitverkürzung eine unabsehbare Notwendigkeit; wenn irgendwo, dann ist sie gerade in den in Rede stehenden Bezirken infolge der ganz eigenartigen Beziehungen begründet. Für die Unternehmervertreter war dieser Zwiespalt unter den Arbeitern, der sich leider auch noch in einigen anderen Punkten bemerkbar macht, und der, wie es scheint, andernorts seine Fortsetzung findet, gewiß nicht unbedeutlich; aber grundsätzlich für die Verweigerung der Arbeitszeitverkürzung ist dieser Zwiespalt nicht.“

Die Abrechnung der Gaukasse ergibt folgendes Bild:

G in a h a m e .	
Kassenbestand vom vorigen Jahr	M. 2977,57
von der Haushalte auf Grund des Statuts	" 5770,15
führ die Streitteilung zurück	" 481,40
Beiträge der Zweigvereine	" 2157,15
Drucksachen usw.	" 938,43
<b>Summa</b>	<b>M. 12274,70</b>

#### A u s g a b e .

A u s g a b e .	
Beamtengehalt	M. 2159,77
Entgangener Arbeitsverdienst	" 318,89
Däten	" 1565,90
Fahrgeld	" 986,50
Bureauamt, Heizung, Licht usw.	" 857,57
Drucksachen	" 582,29
Porto und Schreibmaterial	" 158,87
Zeitung, Sicherheitsbeitrag, Entschädigung des Kassierers, Agitationszuschuß	" 472,66
<b>Summa</b>	<b>M. 6547,88</b>

#### A b s c h l u s s .

A b s c h l u s s .	
Einnahme	M. 12274,70
Ausgabe	" 6547,88
Kassenbestand	M. 5727,32

Davon per Bank belegt M. 8700.

F. Kahl, Vorsitzender. F. Pfaffenbergs, Kassierer. Die Kleidoren: Berthold Gottschall, Ludwig Wolf, Gustav Puls.

#### Berichte.

##### In eigener Sache.

In der Nr. 8 des „Zimmerer“, vom 22. Februar dieses Jahres, wird unter der Überschrift „Rollen- und Glossen“ und der Stichmarke „Über Tarifverhandlungen“ ein Bericht des „Hamburger Echo“ vom 13. Februar dieses Jahres zitiert, der in bezug auf einen Antrag der Maurer und Bauhüftlärbeiter, betreffend Verkürzung der Arbeitszeit in mehreren Städten Mitteldeutschlands (in dem Organisationsbezirk des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe), die nach unbestrittenen und unbefriedigten Tatsachen mitgeteilt: Der Zentralverband der Zimmerer hat sich diesen Antrag leider nicht angeschlossen.

Der „Zimmerer“ zieht aus dieser Mitteilung folgende Schlussfolgerung:

„Der Bericht dürfte von einem an den Verhandlungen Beteiligten verfaßt sein, der ein Interesse daran hat oder ein Vergnügen daran findet, die Zimmerer durch die Gose zu schädigen, um dann fortzufahren: „Es ist sehr bedauerlich, daß sich unsere Parteipresse dazu gebrauchen läßt.“

Um die angebliche Verunglimpfung der Zimmerer noch schärfer zu brandmarken, argumentiert der „Zimmerer“ weiter wie folgt:

„Doch der Zentralverband der Zimmerer — der ganz in Frage kommt, sondern nur eine Anzahl seiner Zählstellen — sich dem Antrage der Maurer und Bauhüftlärbeiter nicht angeschlossen hat, hat seine Gründe, die der Verfasser jenes Berichtes im „Hamburger Echo“ zweifellos kennt; wenn er sie trocken ignoriert, so verrät er damit nur seine oben angeführte Absicht.“

Als Verfasser der Gose, kann mit gutem Gewissen erklären, daß

die Schlussfolgerung des „Zimmerer“ objektiv unwahr ist. Der Verfasser der „Gose“ im „Zimmerer“ hat sich entweder von irrtümlichen Vermutungen oder von Illusionen leiten lassen, zu welchen ich ihm zu keiner Zeit den geringsten Aufschluß gegeben habe.

Den erwähnten „Gose“ in Nr. 8 des „Zimmerer“ ist folgende Nachdruck angehängt:

„Der Grundstein“ spielt in seiner heutigen Nummer den Faden des „Echo“. Verdiest weiter. Damit dürfte die Quelle endest sein, aus welcher die Verunglimpfungen der Zimmerer in der Parteipresse stammen. Aber auch der Zweck dieser Verunglimpfungen wird nun ersichtlich. Sauber ist er nicht!“

Diese Nachdruck enthält eine so schwere Verdächtigung meiner Person, daß ich sie an dieser Stelle nicht ausreichend charakterisieren kann. Das darf ich aber sagen: Der Wortlaut der Nachdruck ist unverständlich. Anfangs ist höchst anscheinbar. Anfangs ist insofern, als der Redakteur des „Zimmerer“ bei der Schlussrevision vor der Drucklegung seines Blattes unbedingt gewünscht Einsicht nahm in ein für den Metzger hergestelltes Exemplar des „Grundstein“ und dann einen noch nicht veröffentlichten Artikel zum Gegenstand einer Polemik machte. Insofern ist insofern, als der Verfasser der „Grundstein“ einen völlig unanfechtbaren Satz des „Grundstein“-Artikels lesen, dessen Leser kein Zweck, eine weitere Verunglimpfung der Zimmerer denunzierte. Der die Zimmerer angeblich verunglimpfende Satz im „Grundstein“ lautet:

„Von den materiellen Fragen stand die Arbeitszeitverkürzung in dem Vordergrund. Hier ist zunächst eine Disonanz zwischen den Arbeiterorganisationen selbst zu erwähnen: Während die Verbände der Maurer, der Baugewerbe, Hüftlärbeiter und der christlichen Bauhandwerker und Bauhüftlärbeiter (leider auch für die ihm angehörenden Zimmerer) in den Arbeitsbezirken Frankfurt, Offenbach, Hanau, Höxter, Mainz, Darmstadt, Mannheim-Ludwigshafen, Wiesbaden und Cassel die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden fordern, nimmt der Zimmererverband hiervom Abstand. Im Prinzip ist ja auch der Zimmererverband für die Verkürzung der Arbeitszeit, aber aus Opportunitismus (des geringen Lohnes wegen) glaubten seine Vertreter die Forderung nicht erheben zu dürfen. Nun ist ja gewiß der Lohn in Frankfurt und den anderen in Betracht kommenden Orten, der durch die jetzigen Forderungen erst von 54,- auf 60,- (in Mannheim-Ludwigshafen 65,-) gebracht werden will, viel zu niedrig, nichtsfähiger ist aber die Arbeitszeitverkürzung eine unabsehbare Notwendigkeit; wenn irgendwo, dann ist sie gerade in den in Rede stehenden Bezirken infolge der ganz eigenartigen Beziehungen begründet. Für die Unternehmervertreter war dieser Zwiespalt unter den Arbeitern, der sich leider auch noch in einigen anderen Punkten bemerkbar macht, und der, wie es scheint, andernorts seine Fortsetzung findet, gewiß nicht unbedeutlich; aber grundsätzlich für die Verweigerung der Arbeitszeitverkürzung ist dieser Zwiespalt nicht.“

Das ist die Wahrheit; denn es ist nur die Konstatierung einer Tatsache und die Kurze, aber aufstreifende Wiedergabe des Grundes, den der Vorsteher des Zentralverbandes des Zimmerer für den Standpunkt seiner Organisation angegeben hat. Von diesem Abschnitt meines Artikels teilt der „Zimmerer“ seinen Lesern mein Wort mit, obwohl er gerade in diesen Sätzen meinen „infatuaten Zweck“, die Zimmerer zu „verunglimpfen“, gefunden haben will.

Gleich nachdem mir die Nr. 8 des „Zimmerer“ zu Händen kam, habe ich im „Hamburger Echo“ die Errichter des „Zimmerer“ aufzufäubern versucht, und ich habe geglaubt, der „Zimmerer“ würde nun seine verschütteten Mutmaßungen korrigieren und seinen Lesern davon Kenntnis geben. Dies hat aber die Redaktion des „Zimmerer“ nicht nur nicht für nötig gehalten, sondern sie hat mich aufs neue, und daneben das Hamburger Parteiorgan, auf die boshafteste Weise beschimpft. In der Nr. 9 des „Zimmerer“, wiederum unter „Notizen und Glossen“, heißt es:

„Die Verunglimpfung der Zimmerer in der Parteipresse ist das Haberl von Fr. Paeplow, Redakteur des „Grundstein“. Er benennt sich im „Hamburger Echo“ Nr. 43 vom 20. Februar d. J. zweite Reihe, selbst als den Verfasser. Schön! Damit wäre ja die uns bereits in Frankfurt a. M. signalisierte Möglichkeit einer umfangreichen öffentlichen Ausseminierung mit ihm beginnt, mit seinem spiritus rector gegeben. Vielleicht lautet er schon darauf. Er muß aber noch eine Weile warten, selbst dann, wenn er seine traurige Sache fortführt und die Redaktion des „Hamb. Echo“ ihm auch fernher den Raum zu seinen Umgemeindheiten zur Verfügung stellt. Vor der Hand stehen wir vor einer Periodik Abwehrkämpfe, die die ganze Kraft erfordert, da bleibt keine Zeit übrig, um auf Paeploys Stänzerien einzugehen.“

In einer Fußnote hierzu wird gesagt: Paeplow genießt, wie es scheint, im „Hamburger Echo“ eine Art bieder-männische Verleumdungsfreiheit. Auch diese Verleidigung kann ich an dieser Stelle nicht aufstreifend charakterisieren. Allerdings gegenüber bekränzt ich mich heute darauf, festzustellen:

„Es ist unwahr, daß ich die Zimmerer verunglimpft habe.“

Es ist unwahr, daß ich die Zimmerer verunglimpft habe, oder ein Interesse, oder ein Vergnügen daran habe oder gehabt hätte, die Zimmerer durch die Gose zu schädigen.“

Es ist unwahr, was der „Zimmerer“ in der Nachdruck zu den Gosen in Nr. 8 behauptet.

Es ist unwahr, daß ich auf eine Ausseminierung, wie in Nr. 9 des „Zimmerer“ angekündigt wird, laufe.

Es ist unwahr, daß ich oder mein „spiritus rector“ dem Schreiber der Gosen zu einer solchen Ausnahme Anlaß gegeben haben.

Es ist endlich unwahr, daß ich im „Hamburger Echo“ eine „traurige Sache“ vertreten und „Ungereimtheiten“ und „Stänzerien“ verbrechen hätte. Fr. Paeplow.

## An die Zweigvereine!

Zur Ver Vollständigung einiger Einbände gebrauchen wir folgende Nummern des „Grundstein“ vom Jahrgang 1902: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 20, 23, 27.

Wir bitten die Vorstände, in ihren Schränken und Archiven nachzusehen, ob sie noch welche von <sup>den</sup> diesen Nummern haben, und wenn das zutrifft, sie uns gut verpackt zu überseenden.

*Mit follegialem. Gru*

## Der Verlag des „Grundstein“.

## Ungetreuer Kassierer.

Der Hilfsstafier Jakob Strottner aus Kaiserslautern wurde wegen Unterzogung von Verbandsgeldern, im Betrage von M. 98, die er für seine Person verwendete, zu zehn Tagen Gefängnis verurteilt.

Gau Leipzig. (Konferenzbericht.) Am 16. Februar fand in Leipzig die diesjährige Gaukonferenz statt. Erhöhten waren 104 Delegierte aus 88 Mitgliedschaften. Kollege Bönelburg als Vertreter des Verbandes vorhandenes und Kollege Frech-Halle, Gauleiter des Bauarbeiterverbandes, als Gast. Der Gauvorstehende, Kollege Jacob, gab den Bericht, von dem das Wichtigste schon im "Grundstein" veröffentlicht worden ist. Zum Jahresbericht bemerkte Kollege Jacob, daß die Gabebeiträge allgemein gut geahndet worden seien. Die Raufensverhältnisse sind gut; so daß wir auf die 1½ % pro Marke, die dem Gau von der Hauptkasse zur Verfügung stehen, verzichten könnten, was bis jetzt circa L 25 000 beträgt. In der Diskussion sprach auch Betzel-Zuidan über die Gründung von Mitgliedschaften im oberen Erzgebirge und im Vogtland aus; er erwähnte, daß die einzelnen kleinen Orte den größeren Städten beihüflich besserer Bearbeitung zugeführt würden, weil es dort

breitere Grundlage abspielen würden. Notwendig sei, daß sich die Mitgliedschaften, die im vergangenen Jahre Lohnbewegungen gehabt haben, für dies Jahr etwas Relever aufstellen. Wedner gab dann noch Ausklärung über die Taktik bei den zu erwartenden Lohnbewegungen und bestätigte hauptsächlich die Vorarbeiten dazu. Kollege Bömelburg sprach sich in demselben Sinne aus. Grech-Halle (Sauhälter der Bauhülfearbeiter) wünschte, daß bei den künftigen Lohnbewegungen der § 1 des Kartellvertrages strikt innegehalten wird. Er führte weiter Beispiele gegen die Orte, die gegen diese Bestimmungen verstößen haben. Von den eingegangenen Anträgen fand einer Annahme, wonach die Gaukonferenzen auf zwei Tage angelegt werden. Den Gauvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Jacob als Vorsitzender, Berthold als Kassierer; Koch, Kleist und Hauerkorn als Beisitzer. Wie Revisorin wurden die Kollegen Busch, Bauriedel und Gießels bestimmt.

N.B. Die Delegierte A. Hartwig aus Merseburg gab da er auf der Konferenz nicht zu Worte gekommen ist nachstehendes zu Prototyp: „Die Maurer von Halle, die streitend und für sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, kamen zu uns und arbeiteten 12 bis 15 Stunden täglich. Der frühere Vorjüngste von Halle (Seifert) arbeitete ständig Überstunden. Als sie über ihr Verhältnis zur Rede gestellt wurden, erklärten sie, die Bevollmächtigten des Zweigvereins Halle erlaubten ihnen, sobald sie auswärts seien, die Überstundenarbeit. Auch den in Merseburg üblichen Beitrag von 50,- S zahlten sie nicht; sie erklärten, wenn sie außerhalb arbeiten, braudeten sie in Halle nur 35,- S Beitrag zu zahlen. In dem hiesigen Beirat war bis jetzt noch nie in Alsfeld gearbeitet worden. Es war der streitende Maurer von Hainburg und einigen Kollegen von Hamburg und Weissenfels vorbehalten, die Affordarbeiter einzuführen. Überstunden werden auch von diesen Kollegen gearbeitet. Im Zweigverein Merseburg besteht der Besluß, vor Überstunden oder in Alsfeld arbeiten wir ausgeschlossen.“

**Gau Mannheim.** (Konferenzbericht.) Am 16. Februar tagte im Lörrachseminar Lörrach in Karlsruhe die Konferenz für den Gau Mannheim. Anwesend waren aus 14 Zweigvereinen 27 Delegierte. Die Zweigvereine Elstein und Lambrecht waren nicht vertreten. Der Gauvorstand war durch 4 Mitglieder und der Verbandsvorstand durch den Kollegen Silberschmidt vertreten. Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil: von den Bauhüttenarbeiten Genoss Fischer-Mannheim, Gau Frankfurt-Darmstadt Kollege Delp, Gau Straßburg Kollege Voigt und aus der Schweiz Kollege Käppler. Zur Leitung der Konferenz wurden die Kollegen Hörter-Mannheim und Philipp-Karlsruhe als Vorsitzende und Bernhard-Karlsruhe als Schriftführer bestimmt. Den Bericht des Gauvorstandes für die Geschäftsprache 1906/07 erstattete Kollege Hörter. Die Entwicklung des Gaus ist im letzten Jahre nicht in der Weise vor sich gegangen, wie wir das im Jahre 1906 erwartet hatten. Die Gründe hierfür sind in dem Rückzugehen der Bautätigkeit zu erblicken, wodurch einige Städte stark getroffen wurden. Die Zahl der neu aufgenommenen Mitglieder betrug 1907 4368 gegen 10.102 im Jahre 1906. Seit dem Jahre 1901, also seit Gründung des Gaus, hatten wir 32.466 Neuaufnahmen gemacht; 12.000 Mitglieder zählte der Gau am letzten Jahresabschluß, es sind somit mehr als 20.000 Mitglieder verloren gegangen. Dieser Verlust wird in der Hauptstädte durch die Italiener verursacht sein, die bis jetzt immer noch Durchgänger geblieben sind. Natürlich trifft das auch auf viele deutsche Männer zu. Es wird noch viel zu wenig auf die Rekrutanten eingewirkt. Die Zweigvereine müssen, mehr auf die Stärkung ihrer Lokalassoziation bedacht sein. Durch Erhebung von Lokalschlägen kann der stetigen Gedankensetzung in den Lokalassoziationen am besten begegnet werden. Der Gauauftrag gegenüber müssen die Zweigvereine besser ihre Pflicht erfüllen, denn je sind ihr in den letzten drei Jahren 41138,89 schuldig geblieben. Der Bericht streifte sodann die Gehaltsfrage, die in einzelnen Zweigvereinen oft zu recht wüsten Debatten Veranlassung gab und womit man den Beamten ihre ganze Arbeit geradezu vereile. Eine recht unliebsame Erziehung sind die vielen Unterschlagungen. Bei Beträchtung der eingehenden Fälle muß man sich doch sagen, daß die Zweigvereins- und Lokalassoziationen nicht immer ganz ihrer Pflicht erfüllt haben. Die Revisoren müssen in eingehender Weise über ihre Aufgaben unterrichtet werden. Deren Unkenntnis des Sachverhalts bietet nicht selten dem Betrüger die Möglichkeit, irgend welche Schreibungen zu machen. Nachdem der Gauaufsitzer, Müller-Mannheim, den Jahresbericht gegeben hatte, wurde in die Diskussion eingetreten. Schrotz schilderte die Verhältnisse im Saargebiet und wünschte, daß dies Gebiet auch ferner im Auge behalten werde. Westphal gehe die Füllung mit den neu aufgenommenen Kollegen verloren, da sie in den Sommermonaten in anderen Gegenden arbeiten. Zu darauf folgenden Winter müßten die Kollegen dann in der Regel wieder frisch dem Verbande zugeführt werden, wodurch die ganze Arbeit sehr erüchtigt werde. Die Krise habe auch bereits in Saarbrücken ihren Eingang gehabt. Jafoby-Mannheim ging in längeren Ausführungen auf den in Nr. 5 des "Grundstein" veröffentlichten Jahresbericht des Gauvorstandes ein, sowie er sich mit seiner Person befaßt. Aus den Darlegungen Jafobys selbst und den Ausführungen Hörters war für alle Konferenzteilnehmer klar ersichtlich, daß bei den ganzen Säunteren im Zweigverein Mannheim nicht sachliche, sondern lediglich persönliche Momente ausschlaggebend waren. Kollege Flieg-Karlsruhe befürwortete einen Antrag, wonach die Revisoren alljährlich in der Aufstellung sowie in der Revision von Abrechnungen unterrichtet werden sollen. Der Antrag wurde dem Gauvorstand zur Verstärkung übertragen. Kollege Hörter ging im Schlusshort auf einige Einwendungen ein und vertrat die Herausgabe eines Flugblattes, das für die Revisoren bestimmt sein soll. Über den zweiten Punkt, Lohnbewegung und Agitation, referierte Hörter. Er gab einen Rückblick auf die Kämpfe in den letzten Jahren, durch die wir Lohnherhöhungen von 6 bis 20 % pro Stunde erreichten. Allerdings mußten diese Errungenschaften oft teuer erkämpft werden. Seit dem Jahre 1903 verschlangen die Mauter. Wo sie auftauchten, verloren sie die Arbeitszeit zu verlängern; es scheine, als seien diese Leute mit Vermögensgründen nicht zu gewinnen. Auch in diesem Jahre sollen wieder Maßnahmenversammlungen angeordnet werden, wozu ein Austausch der Redner stattfinden soll. Bei tatkräftigem Zusammenarbeiten müßten wir auch in diesem Jahre vorwärts kommen. Kollege Philipp vertrat einen vom Zweigverein Karlsruhe gestellten Antrag, wonach im Frühjahr und Herbst in allen Zweigvereinsgebieten Maßnahmenversammlungen stattfinden sollen; die Kosten sollen die größeren Zweigvereine selbst, für die übrigen soll sie die Gaukasse tragen. Karlsruhe habe damit Erfolge gebracht. In diesen Versammlungen könnten im Frühjahr die Lohnbewegungen und im Herbst die Beitragsfrage mitbesprochen werden, dabei würde die Gaukasse noch Geld sparen. Schrotz aus Saarbrücken sagte, er stehe den Maßnahmenversammlungen sympathisch gegenüber, er vertraute sich aber speziell in seinem Gebiet den größten Vorteil immer noch von der Bauten- und Hausagitation. Delp aus Darmstadt beprach die Verhältnisse in Düsseldorf und Gr. Binnern. Es gäbe gewiß in diesen Orten viele tüchtige Kollegen, denen vieles für den Verband gelan hatten, aber leider trate dies nicht auf die Mehrzahl zu. Von circa 450 in Düsseldorf vorhandenen Mautern arbeiteten im Gau Frankfurt etwa 200 und in Darmstadt durchschnittlich 15 bis 20, der größte Teil arbeitet auswärts, und so haben wir über diese Leute gar keine Kontrolle. Vor Ihnen Frauen, die in der Woche von dem Vorarbeiter in beliebter Weise scharf gemacht würden, finden Sie zusammen wie ein Dachmeinecker, obwohl der dortige Menschenclag gerade nicht schwäbisch sei. Zur Beleidigung der geforderten Wohlstände mache Delp den Vorschlag, es möge ihm jedesmal sofort mitgeteilt werden, wo diese Kollegen arbeiten, er würde dann geeignete Maßnahmen treffen. Kollege Silberschmidt sprach energisch für bessere Organisation des Aufsichts bei Lohnbewegungen. Es wirke demoralisierend, wenn Kollegen Unterstützungen erhalten, die ihnen nach dem Statut nicht gebühren. Der Leitgedanke der diesjährigen Bewegungen müßte sein: jede Verschlechterung hinzugehalten. Darin besteht die Hauptarbeit in den nächsten Jahren. Die Unternehmer wollten Rache dafür nehmen, daß die Arbeiter gewagt haben, die Herrerei zu rütteln. Die Lohnfrage sei nicht nur eine materielle, sie sei auch eine ethische und kulturelle Frage, eine Frage der Entwicklung der Menschheit. Für die Unternehmer gibt es freilich keine Ethik in der Arbeitgeberbewegung. Gegen die russischen Baronialuren der Unternehmer müßten wir mit allen verfügbaren Mitteln antämpfen. Am Schlus seiner interessanten Ausführungen sagte Kollege Silberschmidt, daß die Geldsalamität, die Hauptursache der Krise im Baugewerbe, bereits ihren Höhepunkt überwunden habe. Man solle deshalb mit dem alten Vertrauen weiterarbeiten. Der Antrag von Karlsruhe, betreffend Maßnahmenversammlungen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der Vorschlag des Kollegen Delp. Der Gauvorstand wurde ermächtigt, nach Bedarf Zusammenkünfte der Referenten abzuhalten, woran auf Anregung des Kollegen Voigt auch die Redner des Gaus-Straßburg teilnehmen sollen. Ein paar andere Anträge wurden teils dem Gauvorstand, teils den betreffenden Zweigvereinen zur Erledigung übertragen. Dem Gauaufsitzer werden M. 100 als Entschädigung bewilligt. Auf einer ent sprechenden Antrag sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß die Vorstufen der Zweigvereine, sofern sie nicht als Delegierte gewählt würden, zur Information zu den Gaukonferenzen gestellt werden. Ferner erklärte sich die Gauaufsicht darum einverstanden, daß ein besonderes Gaureferativ in Zukunft nicht mehr herausgegeben wird. Die Wahlen ergaben folgende Zusammensetzung des Gauvorstandes: M. Hörter, Vorsteher; Aug. Müller, Rässifer; Kamp, Eberle und Schmid, Bevistler, und Niedwohler, Fisscher und Bongier, Revisoren. Darauf hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. Nach einem feierlichen Schlusshort des Kollegen Philipp, das in den Wunsch ausläng, die Kollegen möchten sich die heutigen Verhandlungen zur Rücksichtnahme bei ihrer Tätigkeit dienen lassen, wurde die Tagung um 8 Uhr Abends geschlossen. **N. B.**

Lohnbewegungen an Hauptfachengeltern A 200 601,80, womit auch zugleich der Betrieb erbracht sei, daß wir aus dem großen Topf in Hamburg immer noch mehr Geld herausholten, als von uns hineingezaubert wurde. Im letzten Jahre hatten wir in einigen Orten recht erhebliche Ausgaben. Jedenfalls müßten wir in Zukunft daran trachten, doch unsere Mitglieder mehr abreissen; denn die Kraft unseres Verbändes habe von jehler bei den Lohnbewegungen darin gelegen, daß wir unserer Kollegen anderwärts unterbrachten. Wollten die Kollegen eine Verbesserung ihrer Existenz, dann hätten sie auch Opfer zu bringen. Die Zweigvereine müßten es unterlassen, auf eigene Faust loszugehen und so den Gauvorstand oft vor fertige Sachen zu stellen. Die Lohnbewegungen in diesem Jahre brachten infolge schon eine Aenderung, daß diesmal nicht wir, sondern die Unternehmer auf der ganzen Linie zum Angriff vorgehen. Sie benutzen dazu die Krise, die Zeit der größten Not unter der Arbeiterschaft. Redner besprach dann das Vertragsschulde, das in seiner vorgelegten Form unannehmbar sei. Beharrten die Unternehmer darauf, dann sei ein Vertragsschulde unmöglich; denn wir würden dadurch unsere bisherigen Erfolge vollständig aufheben. Wir wollten aber nicht nur das Alte erhalten, sondern noch neue Verbesserungen erringen. Die Unternehmer wollten uns in diesem Jahre nur erst die Bäume zeigen, der Hauptcoup soll 1919 erfolgen. Doch sie mögen sich's gefast sein lassen, daß auch wieder andere Zeiten kommen, und daß aufgesponnen nicht aufgehoben ist. Was die Agitation anbelangt, so soll als Grundfahrt gelten: weniger reden und mehr arbeiten. Unsere Erfolge weisen, daß sich die feierlichen Mittel bewährt haben. Die intelligenten Mitglieder müssen sich mehr um das Organisationsleben kümmern. Die Agitation unter den Italienern löste uns im vergangenen Jahre A 1200; aber wir würden in der Holzgewerbe noch nicht hinter ihnen her sein müssen. Ein großer Missstand sei es, wenn sich die Zweigvereine immer auf den Gauvorstand verlassen; sie müßten mehr selbständig arbeiten. Viel Schwierigkeiten in der Agitation bereiten die Dieburger Maurer. Sie fuhr aufzugsen, verhüten sie die Arbeitszeit zu verlängern; es scheine, als seien diese Leute mit Vernunftgründen nicht zu gewinnen. Auch in diesem Jahre sollen wieder Massenversammlungen arrangiert werden, wozu ein Zusammentreffen der Redner stattfinden soll. Bei tatkräftigem Zusammenarbeiten müßten wir auch in diesem Jahre vorwärts kommen. Kollege Philipp vertrat einen vom Zweigverein Karlsruhe gestellten Antrag, wonach im Frühjahr und Herbst in allen Zweigvereinsgebieten Menschenversammlungen stattfinden sollen; die Kosten sollen die größeren Zweigvereine selbst, für die übrigen soll sie die Gauaufsicht tragen. Karlsruhe habe damit Erfolge gehabt. In diesen Versammlungen könnten im Frühjahr die Lohnbewegungen und im Herbst die Beitragsfrage mitbesprochen werden, dabei würde die Gausfrau noch Geld sparen. Schrot aus Saarbrücken sagte, er stehe den Menschenversammlungen sympathisch gegenüber, er vertrüge sich aber speziell in seinem Gebiet den größten Vorteil immer noch von der Bauten- und Hausagitation. Delp aus Darmstadt besprach die Verbündnisse in Dieburg und Gr. Birmensdorf. Es gäbe genügend in diesen Orten viele tüchtige Kollegen, die schon briesels im Bereich gefahren hätten, aber leider träge dies nicht auf die Mehrzahl zu. Von circa 450 in Dieburg wohndenden Maurern arbeiten im Bau Frankfurter etwa 200 und in Darmstadt durchschnittlich 15 bis 20; der größte Teil arbeitet anderwärts, und so haben wir über diese Leute gar keine Kontrolle. Vor ihrem Frauen, die in der Woche von dem Warcer in befandener Weise scharf gemacht wurden, finden sie zusammen wie ein Tschiffenmeister, obwohl der dortige Menschenstiel gerade nicht schwächer ist. Zur Beleidigung der geschilderten Missstände mache Delp den Vorschlag, es möge ihm jedesmal sofort mitgeteilt werden, wo diese Kollegen arbeiten, er würde dann geeignete Maßnahmen treffen. Kollege Silberschnütz sprach energisch für bessere Organisierung des Abreisens bei Lohnbewegungen. Es würde demoralisieren, wenn Kollegen Unterlüftungen erhalten, die ihnen nach dem Statut nicht gebührten. Der Gedanke der diesjährigen Bewegungen müßte sein: jede Verschlechterung hintanzutragen. Darin besteht die Hauptarbeit in den nächsten Jahren. Die Unternehmer wollten Städte dafür nehmen, daß die Arbeiter gewagt haben, an dem Herrnrecht zu rütteln. Die Lohnfrage sei nicht nur eine materielle, sie sei auch eine ethische und kulturelle Frage, eine Frage der Entwicklung der Menschheit. Für die Unternehmer gibt es freilich keine Ethik in der Arbeiterschaft. Gegen die russischen Patriotenläufer der Unternehmer müßten wir mit allen verfügbaren Mitteln anstrengen. Am Schlus seiner interessanten Ausführungen sagte Kollege Silberschnütz, daß die Geldsalamärität, die Hauptaufgabe der Krise im Baumgewerbe, bereits ihren Höhepunkt überschritten habe. Man solle deshalb mit dem alten Brauch weiterarbeiten. Der Antrag von Karlsruhe, betreffend Massenversammlungen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der Vorschlag des Kollegens Delp. Der Gauvorstand wurde ermächtigt, nach Vorschriften aus fünfzig Referenten abzuhalten, woran auf Anregung des Kollegen Boigt auch die Redner des Gaues Straßburg teilnehmen sollen. Ein paar andre Anträge wurden teils dem Gauvorstand, teils den betreffenden Zweigvereinen zur Erledigung übertragen. Dem Gauaufsichter werden A 100 als Entschädigung bewilligt. Auf einer entsprechenden Antrag sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß die Befürworter der Zweigvereine, sofern sie nicht, als Delegierte gewählt werden, zur Information zu den Gaukonferenzen geschickt werden. Werner erklärte, daß die Konferenz darum einverstanden, daß ein besonderes Gauregulativ in Zukunft nicht mehr herausgegeben wird. Die Wahlen ergaben folgende Zusammensetzung des Gauvorstandes: H. Hörter, Vorsitzender; Aug. Müller, Kassierer; Kamp, Eberle und Schent, Beisitzer, und Riedwohler, Fischer und Boniger, Revisoren. Damit hatte die Konferenz ihre Arbeiten erledigt. Nach einem feierlichen Schlußwort des Kollegens Philipp, das in den Wunsch ausflang, die Kollegen möchten für die heutigen Verhandlungen zur Richtschnur bei ihrer Tätigkeit dienen lassen, wurde die Tagung um 8 Uhr Abends geschlossen.

Gau Stuttgart. (Konferenzbericht.) Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10½ Uhr, traten die Delegierten der Zweigvereine des Gaues im Stuttgarter Gewerkschafts-

house zur dritten ordentlichen Gaukonferenz zusammen. Eingeführten hatten sich 37 Vertreter von 20 Zweigvereinen. Die Zweigvereine Altenberg und Tuttlingen hatten eine Befürchtung, der Konferenz nicht für nötig gehalten, ein Umstand, der die Leitung dieser Vereine in seinem günstigen Licht erscheinen läßt. Der Gauvorstand war durch sämtliche Mitglieder vertreten, der Hauptvorstand durch den Kollegen Silberkämmlid-Berlin. Gäste waren anwesend von den Zweigvereinen Göppingen, Heilbronn, Pforzheim, Stuttgart. Auch die Zimmerer Stuttgarts hatten ihren Vertretungen entsandt. Zu Punkt "Geschäfts- und Kassenbericht" vertrat der Gauvorsteigende Stolle auf, die im "Grundstein" veröffentlichten Jahresberichte für 1906 und 1907 und erläuterte sodann an der Hand dieser Berichte die Hauptpunkte, aus denen hervorging, daß wir uns seit der Gründung im Herbst 1901 ständig in aufsteigender Richtung bewegten. Wohl hat die jetzige Konjunktur des letzten Sommers unseres Vormaryas wesentlich gehemmt, doch ist trotzdem im letzten Jahre eine durchschnittliche Mitgliederausnahme von 708 gegen das Jahr 1906 vorhanden. Als ein erfreuliches Zeichen für eine gesunde Fortentwicklung ist es auch anzusehen, daß nunmehr sämtliche Zweigvereine einen Latafalschag von 5 und 10 % erheben. Die nicht sehr umfangreiche Diskussion ließ erkennen, daß man allgemein mit der Geschäftsführung des Gauvorstandes zufrieden war. Demselben wurde denn auch einstimmig Dachgefege ertheilt. Nach einer kurzen Mittagspause erhielt Kollege Silberkämmlid das Wort zu einem frägtigen anfeuernden Referat über den zweiten Punkt: Agitation und Lohnbewegung. Die Tattit des beobachtigten Riederrittens der Bauarbeiter durch die Unternehmer wurde selbstverständlich ins rechte Licht gerückt. Allgemeiner Beifall folgte den klaren Ausführungen Silberkämmlids. In der Diskussion, bei der von einer Mutslosigkeit angeklagter der Riederritt der Unternehmer nichts zu merken war, wurde für die kommende Zeit noch nicht Agitation sowohl unter den deutschen wie italienischen Kollegen verlangt. Kollege Stolle konnte erwidern, daß schon in absehbarer Zeit mit einer allgemeinen Flugblattverbreitung unter den deutschen und italienischen Bauarbeitern eingezogen werden, an welche sich Agitationsveranstaltungen in beiden Sprachen anschließen sollen. Zu Punkt 3: Anträge, wurde beschlossen, die Kontrollfarte aufzugeben und in Zukunft nur die Mitgliedsbücher zu kontrollieren. Ein weiterer angenommener Antrag will, bei den Delegiertenwahlen auch die einzelnen Lehrgänge sowie die Brandenorganisationen berücksichtigen. Der Punkt 4: Wahlen, war rasch erledigt. Zu Abstößen wurden, wie bisher, die Revisorien des Zweigvereins Stuttgart bestimmt und der gefasste Gauvorstand wurde per Ablammatum einstimmig auf die nächsten zwei Jahre wiedergewählt. Mit einem donnernden Hoch auf die Organisation konnte Kollege Baier um 14 Uhr die allseits gut verlaufene Konferenz, die ohne Rekursation stattfand, zu allgemeiner Beifriedigung schließen.

**Altena.** Sonntag, den 23. Februar, referierte hier Genosse Budde aus Lüdenscheid in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Die Lohnbewegung der Bauhandwerker im Industriegebiet und sind die erhöhten Lohnforderungen berechtigt?“ Der Referent unterzog zunächst das Geheimprotokoll der außerordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe einer verbindlichen Kritik. Er wies darauf hin, daß auch das Baunehmertum international geworden sei, wie aus dem Protokoll hervorgeht, indem Unternehmer aus Ungarn und der Schweiz bei den Verhandlungen zugegen gewesen seien. Auch das Vestreben der Unternehmer, jetzt eine Kraftprobe zu wagen, erfuhr eine eingehende Kritik. Besonders machte Genosse Budde auf die etwaigen daraus für die Unternehmer entstehenden Folgen aufmerksam. Weiter schilderte der Redner in eingehender Weise die gezeitigten Lebensmittelpreise wie auch die der anderen Produkte. Um aber die notwendige Lohnhöhung für die Arbeitschaft durchzuführen zu können, sei es notwendig, alle Kräfte zusammen zu fassen, um dem Unternehmertum ein Baroli zu bieten zu können. Lebhafter Beifall wurde dem Genossen Budde zu teil. In der Diskussion beprahlte Holger Beigelt die Verhältnisse in Altena und übte scharfe Kritik an den vorgenommenen Lohnreduzierungen. Er forderte die Anwesenden auf, jeder an seinem Platz tätig zu sein, um auf diese Weise den Kampf hoffnungsfreudig aufzunehmen und siegreich durchzuführen zu können. Mit einem begeisterten Hoch auf den Betriebsverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen. Im Anschluß hieran muß noch das Verhalten der Altener Polizei kritisch beurteilt werden. Nachdem die Versammlung angemeldet worden war, erschien am Tage vor der Versammlung ein Hüter des Gesetzes und erfuhrte den Wirt Heschker, uns den Saal zu entziehen. Wir meinen, daß die Altener Polizei etwas Beherjes tun könnte, als uns fortgleich Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Allerdings leben wir ja in einem Lande der vollendesten Rechtsgarantien!

**Augsburg.** Den Kollegen diene hiermit zur Kenntnis, daß der Kollege Michael Ulrich nunmehr seinen Posten angetreten hat. Das Bureau ist im Wittelsbacherhof, Jesuitengasse. Dorthin sind von jetzt an alle Schriften, Mitteilungen, Beschwerden usw. zu richten.

**Bayreuth.** Sonntag, den 23. Februar, tagte hier eine Vorstandskonferenz der oberfränkischen Bauevereine, um den heutigen Lohnbewegungen Stellung zu nehmen. Vertreten waren 17 Orte mit 23 Delegierten. Als Gäste waren anwesend: Kollege Schuster aus Karlshad, Bezirksleiter des österreichischen Maurerberandes, Kollege Hempel aus Frankfurt, Gauleiter des Bauhüttenberberbandes, Kollege Brodtm aus Nürnberg, Gauleiter der Bimmerer, sowie Kollege Bieger aus Nürnberg, Vorsitzender des dortigen Bauevereins. Der Saurvorsthende, Kollege Merfel, eröffnete um 9 Uhr die Konferenz und gab die Tagesordnung bekannt. Nach Wahl des Bureau schilderte Kollege Merfel an der Hand des bekannten Mustertarifs das Streben des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Erführte aus, daß, wenn man den Kardinalpunkt des Vertrages, eine Arbeitszeitverkürzung und seine Lohnerniedrigung, völlig außer acht lasse, der Vertrag trotzdem für uns un-

annehmbar sei. Nach den Bestimmungen, Verpflichtung zu ländlichen Arbeiten, Überstundenarbeit nach Gutsdiensten des Unternehmers, Einschaltung des Wortes „ländliche“, müßten wir sämtliche Errungenschaften freigeben und würden völlig von den Unternehmern abhängen. Eine neue Erscheinung trete noch bei der Unternehmensorganisationen in Norddeutschland vor: Tage. Während in den übrigen Landestellen unserer Organisation einfach als Rüstertarif vorstellen unserer Organisation einfach der Rüstertarif vorgelegt wird, fordern hier die Unternehmer von uns die Vorlage eines Vertragsentwurfes. Dieses Manöver ist ebenso durchsichtig wie plump. Würden wir einen neuen Vertrag vorlegen, so würden die Herren doch nur mit der Vorlage des heutigen antworten. Der Außenwelt würden sie dann erläutern, nur durch die unberücksichtigten Forderungen der Arbeitnehmer wären sie gezwungen, sich durch die Vorlage ihres Vertrages zu schämen. Wir müssen daher die Unternehmer dazu bewegen suchen, daß sie auf Grund der bereits bestehenden Verträge unterhandeln. Neben einfaich zum Schluß den Delegierten, die vorliegenden, vom Bauvorstand verfaßten Grundsätze bei Lohnbewegungen zu Annahme. In der nun folgenden Diskussion erläuterten sämtliche Redner mit den Ausführungen des Kollegen Merkel einverstanden. Kollege Schuster aus Karlsbad sah in längeren Ausführungen die Zustände im Baugewerbe in Österreich, betonte die Fortschritte, die die Organisation dort gemacht hat und erklärte, daß bei Lohnbewegungen in Deutschland der Zugang von Streitbrechern nicht mehr in dem Maße zu befürchten sei wie früher. Bei der Abstimmung wurden die Grundsätze zur Lohnbewegung einstimmig angenommen. Das Referat über den zweiten Punkt, „Agitation“, hatte Kollege Merkel ebenfalls. In vorzettlicher Weise verstand er es, der Konferenz die verschiedenen Agitationsarten darzulegen. Hauptzwecklich im Hinblick auf das Vorhaben des Arbeitgeberbundes sei es notwendig, auch die leichten uns noch fernstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit das Vorgehen der Unternehmer an dem Datum der festgelegten Organisation zerschelle. Wo es nicht möglich sei, die Kollegen auf den Bauten heranzuziehen, müßten diese in der Wohnung ausgeführt werden. Daneben müßten noch in Versammlungen für Ausbreitung der Organisation Sorge getragen werden. Es dürften dazu aber nur solche Kollegen verwendet werden, die Gewähr böten, daß sie ihrer Aufgabe auch völlig gerecht würden. Steib aus Bamberg empfahl, in der nun folgenden Diskussion das Baudelegiertenthum, womit hauptsächlich in Bamberg gute Erfolge erzielt worden seien. Biegler aus Nürnberg will nur solche Kollegen zur Agitation vernehmen, die selbst in innerlich überzeugt sind; auch in Nürnberg habe sich das Baudelegiertenthum gut bewährt. Raub aus Bayreuth tadelte das Verhalten zweier Nürnberger Kollegen, die vor acht Tagen zur Agitation anwesend waren, und ersucht den Gauvorwesenden, in Zukunft bei Auswahl von Referenten vorsichtiger zu sein. Hofmann aus Bayreuth empfahl Haus- und Bautenagitation, und Cöhl aus Hof sah die guten Erfolge, die dort durch die Ausbildung erzielt wurden. Es mißteten aber auch die jeweiligen örtlichen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Hompel aus Frankfurt ersuchte, bei der Agitation auch auf die Bauhülfearbeiter zu wirken, damit möglichst ein einheitliches Vorgehen erzielt werde. Im Schlusswort betonte Kollege Merkel, daß ein einheitliches Schema nicht aufgestellt werden könne, vielmehr mißten die Kollegen am Ort die für sie beste Art der Agitation wählen. Hierauf wurde die Konferenz von dem Vorstehenden Hofmann mit einem kräftigen Appell an die Delegierten, für den weiteren Ausbau der Organisation zu sorgen, geschlossen.

Bergen a. Rügen. Sonnig, den 16. Februar, tagte hier eine Generalversammlung, die trotz der so wichtigen Tagesordnung sehr mühsig befeuchtet war. Vor der Wahl des Vorstandes richtete der Gauvorsteher ein Mahnwort an die Versammlung. Kollege Rüdiger wurde als erster Vorsitzender und Kollege Karl Meineke als erster Kassierer gewählt. Zu einer lebhaften Diskussion kam es bei der Frage der Alttordarbeite, da es wiederholt vorgekommen ist, daß Kollegen im Alttord arbeiten, obgleich hier Alttordarbeit verboten ist. Hauptsächlich sind es Stettiner Kollegen. Es wurde daher jedem fremden Kollegen, dringend nachgeleget, in dem Gebiete des hiesigen Zweigvereins keine Alttordarbeit auszuführen. Zum Schluß berichtete Kollege Rüdiger über die Gaukonferenz in Stettin.

**Bochum.** Die Bahnhofse Geithie hielt am 15. Februar beim Wirt des Bahnhof in Harpen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kollege Leverenz erstellte den Jahresbericht. Im Tige der Bahnhofse sorgte die Beobachtungen im Bunde mit der Polizeiverwaltung dafür, daß wir kein Versammlungstatat bekommen. Unserem früheren Vereinsmitbrüder Duppe in Bövinghausen, der nur Pädiger der Wirtschaft war, wurde vom Inhaber, einem Zentrumsbauern, unterfragt, uns noch weiter zu befragen, „er dulde keine sozialdemokratischen Versammlungen in seinem Hause“, meinte der ländliche Zentrumsmann. Es ist ihm seitdem Gelegenheit gegeben worden, seine Ma-

balde erledigt wurden. Die Zahlstelle zählte im Durchschnitt 101 Mitglieder. Aufgenommen wurden 79, übergetreten sind 11 Kollegen. Beitragsmarken wurden insl. 284 Marken für Arbeitslose 1743 Stück umgesetzt, pro Mitglied 48. Nicht so günstig war der Umsatz mit den Gartnertarifen. Es wurden umgesetzt 610, pro Mitglied 6 Stück. Die Zahlstelle erledigte die Geschäfte in 22 Mitgliederversammlungen und 9 Vorstandssitzungen. Im allgemeinen war der Besuch der Versammlungen in An betracht des weiten Weges zum Latal gut. Im Winter 1906 wurde auch im letzten Winter beschlossen die Kollegen, in der beitragsfreien Zeit pro Woche 20,- zu erheben. Der Kassenstand stieg infolgedessen von M. 88,51 am Jahresabschluß 1906 auf M. 213,82. — Mit dem Bauarbeiterkredit ist es noch recht mangelfhaft bestellt. Durch die Kritik der Mißstände im „Blattblatt“ und in den Versammlungen ist es etwas besser geworden, aber den Kollegen, die in den Versammlungen die Mißstände zur Sprache brachten, wurde gefordert. Wer den Unternehmern die Namen der Redner mitgeteilt hat, ist wohl unfehlbar zu erratzen. Die Kollege Weise ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden und forderte die Kollegen zu reicher Agitation auf. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Gleisburg.** Die Firma Döhren & Co. aus Gobelsberg a. Rh. führt hier in Münzwiel den Neubau der Marineschule auf. Anfangs aber hielten sich die Maurer und Arbeiter zu beschäftigen, welche sich das doch wohl an einem mit dem Gelde der deutschen Steuerzahler zu errichtenden Reichsbau gehört, beschäftigt die Firma Döhren mit wenigen Ausnahmen nur Ausländer, nämlich Italiener. Die Zurückhaltung der einheimischen Arbeiter empfinden diese um so bitterer, da ein Arbeitermangel wachhaltig nicht vorhanden ist. Bei der Firma Döhren scheinen aber noch andere, und zwar recht „menschenfreundliche“ Gepflogenheiten zu herrschen. Ein bei dem Schulbau beschäftigter Gleisburger Maurer hatte vor einigen Wochen das beflagenswerte Misgeschick, zu erfranzen und der Betriebsfeste der Unternehmerfirmen mit  $\text{A}^{\frac{1}{2}}$  Unterstützung pro Woche zur Last zu zullen. Als er sich nach vierwöchiger Krankheit wieder zur Arbeit meldet, bekommt er den Verdacht, daß im Geschäft erfrannte Arbeiter nicht wieder eingestellt werden dürften. So habe es der Chef befohlen. – Wir sind der Meinung, einem solchen Unternehmer, der erstens vorausgesetzt, Italiener beschäftigt und zweitens erfrannte Arbeiter nach ihrer Gefündung nicht wieder einzestellt, sollte die Bauwerksaufsicht sollempfindlich nach Bau in einer

Frankfurt a. M. Die Rathstelle M örfelben hielt am 23. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbücher des ersten Bevollmächtigten war zu erschien, daß wir 241 Mitgliedern hatten; davon hatten am Jahresende 223 eine Beitragsabfuhrung. An Extra-  
marzen hatten 120 Mitglieder noch Rückstände. Die Kassenberichtlinie waren im abgelaufenen Jahre folgende: An die Zweigvereinsfasse wurden M 5379,94 abgezahlt. Für den Extrabeitrag wurden M 554,40 an die Zweig-  
vereinsfasse abgezahlt. Die Einnahmen der Loslottofasse be-  
trugen im ganzen Jahre M 633,14, die Ausgaben M 518,03, mit hin bleibt ein Kassenstand von M 115,10. An Unter-  
stützung aus der Hauptfasse wurden M 240,80 für Kranken-  
geld ausgezahlt. Aus unserer Loslottofasse wurden M 41 an Unter-  
stützung gezahlt. Zur Unterstützung für die Reichs-  
tagswahl wurden M 20 der Parteifasse überwiesen. Es haben 6 Mitgliederversammlungen, 9 Vorstandssitzungen und 5 Kartelltagungen stattgefunden. Bei Zweigverein-  
sitzungen war unsere Centralstelle neunmal durch Dele-  
gierte vertreten. Kassenrevisionen haben fünfmal statt-  
gefunden, viermal durch die Rechtsanwaltskanzlei und einmal durch  
den gesamten Vorstand. Kassen und Buchführung wurden jedesmal in guter Ordnung gefunden. Auf unsere Un-  
regung an die Eisenbahndirektion in Mainz wurde an jedem Samstag und vor Feiertagen ein Arbeitserzug mehr eingeführt. Unsere Bibliothek wurden einige Bände auf-  
geführt. Leider wird jedoch von unseren Kollegen die Bib-  
liothek noch sehr wenig benutzt. Ein Antrag des biesigen  
Gewerkschaftsratelles, unsere Bibliothek in eine Gewer-  
kschaftsbibliothek umzuwandeln, mußte wegen vorgerückter  
Zeit für die nächste Versammlung zurückgestellt werden.  
In der örtlichen Verwaltung entstand keine große Ände-  
rung, da die bisherige Verwaltung so ziemlich wieder-  
gewählt wurde.

**Freistadt.** Am 18. Februar tagte, unsere Mitglieder-  
versammlung. Der Kaiser verlas die Abrednung von  
Quartal, deren Richtigkeit die Revisoren bestätigten.  
Bei der dann erfolgenden Vorstandswahl würden alle  
Kollegen wiedergewählt, die die Posten bisher innehatteten.  
Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Haber-  
mann gewählt. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen,  
dab in unserem Broegeleisgebiet noch viele Kollegen  
dem Verbande fernstehen, die nun gewonnen, werden  
müssten.

**Gelsenkirchen.** Am 22. Februar fand eine Mitgliederversammlung in der Zentralstelle Buer statt, die gut besucht war. Trotz der Ausnahmefreigabe, die man über unser Münsterland verhängt hat, indem man für die freien Gewerkschaften, welche hier laufende für Mitgliedern zählen, kein Losal hat, macht der Zentralverband der Maurer gute Fortschritte. Nachdem Kollege Schneider die Notwendigkeit der Organisation dargelegt hatte, sprach Kollege Vogt über die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Stadthagen im Reichstage über Klassenjuris, Redner weist an Hand von Statistiken nach, daß solche im großen Maßstab gelöst wird, zumal wenn es sich um den

§ 153 der Gewerbeordnung bei Arbeitern handelt. Nachdem sich Redner in kürzerer Ausführung, mit der Ausbeutung der Jugendlichen unter 14 Jahren, sowie der Arbeiterrinnen beschäftigt hatte, ging er noch auf die Krise und deren Wirkung auf das Baumgewerbe ein. Es kam dann ein Fall am Bau des Unternehmers Böpler zur Sprache, wo der Lotsbeamte vom Bau gewiesen und sogar mit Schlägen und einer Anklage wegen Hausfriedensbruch bedroht wurde. Die Kollegen beschlossen, zu dieser Sache im Verein mit den Christlichen auf Montag eine Sitzung abzuhalten und Maßnahmen zu treffen, damit die Beamten jederzeit ohne Gefahr die Baustelle betreten können. Die Kollegen werden aufmerksam gemacht, daß hier die in stehenden Kollegen für die drei Monate Dezember, Januar und Februar einen Winterbeitrag von 25 Pf. pro Woche zahlen müssen.

Lauda i. d. Pf. Sonntag, den 9. Februar, tagte hier eine Mitgliederversammlung, deren Besuch wiederum zu wünschen übrig liß. Der Berichtsauftrag ging eine Sitzung voraus, die über das Verhalten des Kollegen Heinrich Barthel sen. von Wollmesheim zu verhandeln hatte. Auf Antrag mußte dieser Fall zunächst verhandelt werden. Nachdem die Ausdrücke und Handlungen des obengenannten Kollegen bekannt gegeben, und auch dieser sich ausgesprochen, wurde ein Antrag gestellt, wonach Barthel A. 5 Strafe an die Zweigvereinstelle entrichten und in einer Gewerkschaftspreise die gemachten Bekleidungen zurücknehmen soll. Er erklärte jedoch, für diese Sache noch nicht einen Penny ausgeben zu wollen, was dessen Abschluß auf Grund § 37 b des Statuts einstimmig zur Folge hatte. Auch wurde darin beschlossen, daß bei dessen Wiederaufnahme der § 18 des Statuts Anwendung zu finden hat. Aus dem Jahresbericht ist besonders hervorgehoben: Krankenunterstützung 20 Kollegen A. 145,85; Gemüsegartenunterstützung 8 Kollegen A. 132; Weizenunterstützung 25 Kollegen A. 18,75. Bei drei Sterbefällen wurden an zwei Familien A. 85 ausbezahlt; im dritten Falle fanden es die Angehörigen nicht der Mühe wert, eine Sterbefundur ausstellen zu lassen. Neuauflagen hatten wie 35; 16 Kollegen mußten gestrichen werden. Im Rückstand mit den Extrabeiträgen waren 12 Kollegen, 24 hatten noch gar keine bezahlt. Revisionen fanden sechs statt. Über den Beitritt zur Centralstrahlkasse „Grundstein zur Einigkeit“ gab der Vorsitzende noch einige Erläuterungen. Der Vorsitzende Schäffler und Kollege Fühmann Jacob wurden als Befolgsmaßtige zur Regelung dieser Sache gewählt. Zur Gaukonferenz wurde von der Lotsverwaltung der Bemerkungen folgenden Antrag gestellt: „Der Gauvorstand möge dahin wirken, daß abwehrts die abgeschlossenen Tarifverträge der Zementenrechte hochgehalten werden.“ Hierauf wurde vom Vorsitzenden der Karteilbericht gegeben, wobei es sich besonders um den Antrag des Kartells drehte, die Beiträge von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Nachdem den Kollegen klar gelegt worden war, daß die Karteile bei der jetzigen und kommenden Situation, ohne Beitragssteigerung nicht mehr auskommen könne, wurde der Antrag einstimmig angenommen.

**Lübeck.** (Situationsbericht für das Winterhalbjahr.) Die Bautätigkeit ist in diesem Winter ganz erheblich hinter der früheren Jahre zurückgeblieben. Es herrschte deshalb hier eine große Arbeitslosigkeit, und hauptsächlich sind es verheiratete ältere Kollegen, die schon seit ganz gerauer Zeit auf dem Straßenpflaster liegen. Es ist auch vorläufig keine Aussicht vorhanden, daß diese in kürzerer Zeit wieder in Arbeit treten können, denn es scheint, als ob die Arbeiten künftig zurückgehalten würden; aus welchem Anlaß ist leicht zu raten. Vom Arbeitsnachweis für das Baumgewerbe sind im Monat Januar nur 165 Personen aller beteiligten Berufe eingetragen; für eine Stadt wie Lübeck, wo tausende in Frage kommen, genügt recht wenig. Dabei herrscht hier durchaus kein Überfluß an leerstehenden Wohnungen, sondern im ganzen Stadtgebiete sind im Monat November 3. 917 474 (1.992 Pf.) Wohnungen als leerstehend gefunden worden. Also hier kann unser Erachtung die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeführt werden. Eigentlich müßt es auch berühren, daß jüngere Leute, die erst zugereist sind, viel eher Arbeit erhalten, als die Ortsansässigen; wahrscheinlich ein Punkt zum Nachdenken für unsere reisenden Kollegen. Wir erwarten daher von diesen, daß sie nicht durch ihre Zureit nach hier das Heer der Arbeitslosen vergrößert werden; denn es könnte vorkommen, daß die, die auf Arbeit hoffen, noch wochen, ja monatelang darauf warten müßten, eingeschlossen zu werden. Das mögen sich alle reisenden Kollegen merken.

**Neisse.** Sonntag, den 23. Februar, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Obgleich ein Referent erschienen war, war die Versammlung sehr schlecht besucht. Der Vorsitzende gewährte die Gleichgültigkeit der Kollegen und sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Kollegen das Verhandlungstafel nicht finden, andere dagegen sehr oft befinden. Nachdem der Kassierer den Quartals- und Jahresbericht verlesen hatte, wurde zur Vorstandswahl gestritten. Kollege Ronge wurde als erster Vorsitzender und Kollege Doebe als erster Kassierer wiedergewählt. Kollege Doebe bedauerte die Interessenslosigkeit der Kollegen, die noch sehr viele mit den Extrabeiträgen und den Beiträgen im Rückstand sind. Er erfuhr die Kollegen, die Extrabeiträge bis zum Quartalsabschluß zu entrichten. Auch erfuhr er, 5 Pf. Lotszuschlag zu erheben, da wir sonst nie vorwärts kommen. Kollege John aus Breslau sprach in schärfster Weise die Verhältnisse des Arbeitgeberbundes und legte den Kollegen klar, daß sie sich nicht etwa auf die faule Seite legen könnten, weil ihr Tarif erst 1910 ablaufe. Zum Schlusse ermahnte er die Kollegen, bevor als bisher die Versammlung zu beenden, und dem Verband in Neisse kräftigen zu helfen, damit er allen Stürmen gewachsen sei.

**Pirna.** In der am 23. Februar hier abgehaltenen, gut besuchten Maurerversammlung referierte der Kollege Friedrich Dresdner über: „Die Gesellenverbände, Löhne, Arbeitszeit und Lebensmittelpreise im Mittelalter.“ Gestützt auf zahlreiches Sachenmaterial, wußte der Referent seinen kürzesten Vortrag so interessant zu gestalten, daß wohl jeder der Anwesenden mit Aufmerksamkeit seinen Ausführungen folgte. Ausgehend von der Ent-

stehung des Handwerks, ungefähr im neunten Jahrhundert, schilderte der Redner die Lebensweise, Entwicklung und Arbeitsverhältnisse der sich bildenden Handwerker längst vergangener Zeiten, später das Leben der Gilde und Zünfte und weiter die sich bildende Kluft zwischen Meistern und Gesellen. In seinen weiteren Ausführungen entwarf dann der Referent ein Bild von den im 14. und 15. Jahrhundert entstehenden selbständigen Gesellenverbänden, Gesellenbrüderchaften, sowie deren mündliche Legitimationen und sonstige Gesellenbräuche. Anfänglich hieran kommt dann der Redner auf die Arbeitsverhältnisse im Mittelalter zu sprechen und erwähnte auch u. a. die schwarze Töpferei zu Halle (wo die Steinförde angeführt waren). Ferner die allgemeine Einführung des blauen Montags im 17. Jahrhundert, was gewissermaßen als eine Vertretung der Arbeitszeit zu betrachten sei. In kurzen Zügen gibt dann der Referent eine Gegenüberstellung der damaligen Lebensmittelpreise mit den jetzt bestehenden und schildert den Wert des Geldes ein und legt. Fortlaufend seinen Ausführungen, machte dann der Redner den anwesenden Kollegen an verschiedenen Beispielen klar, was sich ein Handwerker bei damaliger Entlöhnung bieten konnte, gegenüber dem, was er sich bei dem jetzigen Lohn bietet. Weiter schilderte er die Arbeitsleistung, die Altordpreise und die sonstigen Sitte und Gebräuche im Mittelalter bis zum Ende des preußischen (1809) und sächsischen (1810) Verordnungen, die dem ganzen gewerbsmäßigen Leben in diesem Sinne ein Ende machen. Nach Schluß des mit Weiß aufgenommenen Vortrags, berichtet Kollege Herz namens der Lohnkommission über die Vertragsverhandlungen. Zu irgend welchen Zugeständnissen haben sich bis jetzt die Unternehmer noch nicht hinreichen lassen; auf diesem Gebiet dürfte auch jedermann mit bloßen Verhandlungen nicht viel zu holen sein; man wird hier höchstwahrscheinlich auf eine andere Art und Weise etwas nachhelfen müssen; im übrigen präsentierte man den Vertretern der Bauhandwerker den jetzt schon zur Kenntnis bekannten „Mustervertrag“. Obgleich von unserer Seite versucht wurde, den alten Vertrag als Grundlage für Abschließung eines neuen Vertragsverhältnisses zu benutzen, so verfestigte sich doch unsere Gegenseite mit allen möglichen und unmöglichen Beweismitteln auf ihrem Universitätsvertrag. Daß unter diesen Umständen nichts zu erreichen war, verriet sich am Rande. Da in Birna und Umgegend die Verhältnisse für uns ziemlich günstig liegen, so können wir den weiteren Entwicklungen mit großer Seelenruhe entgegensehen. Es wird dann das Verhalten des Kollegen Mag. Schade einer scharfen Kritik unterzogen. Da es sich hier um ein ziemlich schweres Vergehen handelt, wird eine dreigleisige Kommission gewählt, die den Landkreis genau untersuchen und der nächsten Versammlung zur weiteren Beurteilung vorlegen soll. Von dem Kollegen Haubold wird ferner das Beitreten eines Kollegen schrift gestellt; da letzterer aber nicht anwendbar ist, mußte dieser Fall bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Wegen der Differenz in Thürmsdorf fragt der Kollege Peters an, ob ihm ein Anspruch auf Unterstützung zustehe. Dieser Frage liegt folgender Sachverhalt zu grunde: In Thürmsdorf führt der Baumeister Raumann aus Königsberg einen Strafanbau aus. Die dort Beschäftigten (10 Arbeiter und 3 Maurer) erhielten statt des im Vertrag festgelegten Stundenlohnes von 31 Pf. nur 29 Pf. pro Stunde. Die Gesetzgebungen nahmen nur sofort Veranlassung, der Seinen Firma auf die Bude zu rüsten. Baumeister Raumann ließ aber zweimal vierde grade sein, und erklärte, trotz Vertrag, er zahle nicht mehr. Montag darauf legten nun sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit nieder und verrichteten gleichzeitig an ihrer Zweigvereinsvorstand. Der Kollege Friedrich spricht ihnen ein Anrecht auf Unterstützung ab, da sie die Sperrre eigenmächtig ohne vorher dem Zweigvereinsvorstand davon Mitteilung gemacht zu haben, verhangt hätten. Die Meinungen über diesen Punkt sind geteilt: Nach einem kurzen Meinungsaustausch hierüber erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Negensburg.** In der am 1. März hier abgehaltenen Mitgliederversammlung beschäftigten wir uns auch unter anderem mit der Beitragsverhöhung ab 1. April d. J. Der Vorschlag der Vorstandshaft, am 1. April d. J. den Beitrag auf 50 Pf. inklusive 5 Pf. Lotsbeitrag zu erhöhen, wurde mit 111 gegen 5 Stimmen angenommen. Für die am hiesigen Kanalbau beschäftigten Kollegen wurde der Beitrag ab 1. März d. J. auf 70 Pf. erhöht. Diese Versammlung hat fassungsmaßstäblich stattgefunden und ist dieser Beschuß für alle Kollegen, auch die fehlenden, bindend. Ferner wurde das Baudelegiertenwesen einer eingehenden Erörterung unterzogen und beschlossen, genau nach dem Regulativ zu handeln. Hoffen wir, daß der hiesige Zweigverein dadurch immer mehr zu einer Macht wird, die auch Unternehmer willfähr nicht bewegen kann.

**Nördlingen.** Sonntag, den 23. Februar, tagte hier eine Generalversammlung. Der Vertrauensmann Herm. Häfner mußte leider konstatieren, daß die Kollegen bei allem Ernst der Situation nicht hinter dem Omen vorguruhen sind. Obgleich die Organisation am Ort ziemlich gut ist, herrscht doch in bezug auf Versammlungsablauf große Interessenlosigkeit. Der Kollege Geißler gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen der Gaukonferenz in Leipzig. Bei den Neuwohnungen wurden der bisherige Vertrauensmann Herm. Häfner und dessen Stellvertreter Herm. Lenhardt wiedergewählt. Dann folgte eine längere Ausprache über die Wohnfrage und über das Verhalten der Unternehmer hierzu. Nachdem die Kollegen auf den Ernst der Situation aufmerksam gemacht und zum festen Zusammenhalten aufgerufen waren, folgte Schluß der Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung, die auch vom Kollegen Jacob besucht sein wird, zahlreicher besucht sein möge.

**Teplitz.** Die am 23. Februar tagende Versammlung war trotz der wichtigen Tagessordnung nur mäßig besucht. Den Bericht der Lohnkommission gab Kollege Grobmann. Die trefflichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in „Stadt Wien“ tagende Versammlung kann unter keinen Umständen den vom Bauarbeiterverband

vorgelegten Tarif gutheissen; sie überläßt die weiteren Schritte in dieser Sache der Lohnkommission.“ Zum zweiten Punkt erzielte der Kassierer den Kassenabschluß vom vierten Quartal 1907. Er wurde darauf entlastet. Aus dem dann folgenden Jahresbericht ist hervorgehoben: Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 223 gegen 234 am Jahresende 1906. Dieser Rückgang, der um so auffälliger erscheint, da 112 Neuaufnahmen gemacht wurden, erklärt sich aus dem Übertritt von 102 Mitgliedern in den Verband der Bauhülfearbeiter. Verbandsbeiträge schuldeten am Jahresende noch 22, Extrabeiträge noch 10 Mitglieder und erwähnte auch u. a. die schwarze Töpferei zu Halle (wo die Steinförde angeführt waren). Ferner die allgemeine Einführung des blauen Montags im 17. Jahrhundert, was gewissermaßen als eine Vertretung der Arbeitszeit zu betrachten sei. In kurzen Zügen gibt dann der Referent eine Gegenüberstellung der damaligen Lebensmittelpreise mit den jetzt bestehenden und schildert den Wert des Geldes ein und legt. Fortlaufend seinen Ausführungen, machte dann der Redner den anwesenden Kollegen an verschiedenen Beispielen klar, was sich ein Handwerker bei damaliger Entlöhnung bieten konnte, gegenüber dem, was er sich bei dem jetzigen Lohn bietet. Weiter schilderte er die Arbeitsleistung, die Altordpreise und die sonstigen Sitte und Gebräuche im Mittelalter bis zum Ende des preußischen (1809) und sächsischen (1810) Verordnungen, die dem ganzen gewerbsmäßigen Leben in diesem Sinne ein Ende machen. Nach Schluß des mit Weiß aufgenommenen Vortrags, berichtet Kollege Herz namens der Lohnkommission über die Vertragsverhandlungen. Zu irgend welchen Zugeständnissen haben sich bis jetzt die Unternehmer noch nicht hinreichen lassen; auf diesem Gebiet dürfte auch jedermann mit bloßen Verhandlungen nicht viel zu holen sein; man wird hier höchstwahrscheinlich auf eine andere Art und Weise etwas nachhelfen müssen; im übrigen präsentierte man den Vertretern der Bauhandwerker den jetzt schon zur Kenntnis bekannten „Mustervertrag“. Obgleich von unserer Seite versucht wurde, den alten Vertrag als Grundlage für Abschließung eines neuen Vertragsverhältnisses zu benutzen, so verfestigte sich doch unsere Gegenseite mit allen möglichen und unmöglichen Beweismitteln auf ihrem Universitätsvertrag. Daß unter diesen Umständen nichts zu erreichen war, verriet sich am Rande. Da in Birna und Umgegend die Verhältnisse für uns ziemlich günstig liegen, so können wir den weiteren Entwicklungen mit großer Seelenruhe entgegensehen. Es wird dann das Verhalten des Kollegen Mag. Schade einer scharfen Kritik unterzogen. Da es sich hier um ein ziemlich schweres Vergehen handelt, wird eine dreigleisige Kommission gewählt, die den Landkreis genau untersuchen und der nächsten Versammlung zur weiteren Beurteilung vorlegen soll. Von dem Kollegen Haubold wird ferner das Beitreten eines Kollegen schrift gestellt; da letzterer aber nicht anwendbar ist, mußte dieser Fall bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Wegen der Differenz in Thürmsdorf fragt der Kollege Peters an, ob ihm ein Anspruch auf Unterstützung zustehe. Dieser Frage liegt folgender Sachverhalt zu grunde: In Thürmsdorf führt der Baumeister Raumann aus Königsberg einen Strafanbau aus. Die dort Beschäftigten (10 Arbeiter und 3 Maurer) erhielten statt des im Vertrag festgelegten Stundenlohnes von 31 Pf. nur 29 Pf. pro Stunde. Die Gesetzgebungen nahmen nur sofort Veranlassung, der Seinen Firma auf die Bude zu rüsten. Baumeister Raumann ließ aber zweimal vierde grade sein, und erklärte, trotz Vertrag, er zahle nicht mehr. Montag darauf legten nun sämtliche dort Beschäftigten die Arbeit nieder und verrichteten gleichzeitig an ihrer Zweigvereinsvorstand. Der Kollege Friedrich spricht ihnen ein Anrecht auf Unterstützung ab, da sie die Sperrre eigenmächtig ohne vorher dem Zweigvereinsvorstand davon Mitteilung gemacht zu haben, verhangt hätten. Die Meinungen über diesen Punkt sind geteilt: Nach einem kurzen Meinungsaustausch hierüber erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Wernigerode a. S.** Hier tagte am 24. Februar eine öffentliche Maurerversammlung. Der Referent A. Koch schilderte in sehr guter Weise unsere frühere und heutige Existenz und triftete in schärfster Weise das hartzige Unternehmertum. In der Diskussion erklärten sich die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Worte des Referenten zu beherzigen und danach zu handeln. In „Wertheim“ brachte Genoss Koch vor, daß Maurer Zimmerarbeiten verrichten, während die Zimmerer zu Hause über müssen. Hierauf erklärte der Vorsitzende, daß kein Maurer derartige Arbeiten verrichten darf. Als Hülfstassierer für die Mittelstadt wurde Kollege W. Baale gewählt. Von einigen Kollegen wurde gewünscht, unsere Versammlungen in der Partiepreise bekannt zu machen. J. Koch gab bekannt, daß am Sonntag die neuen Bücher ausgetauscht würden. Nachdem noch der Vorsitzende die Kollegen ermahnt hatte, die „Wolfsstimme“ zu lesen, dem Wahlverein beizutreten und die Versammlungen besser zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Fliesenleger.

**Berlin.** Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hermann Waldheim in Schöneberg, Meiningenstr. 8, zum ersten Vorständen gewählt.

### Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit)

In der Woche vom 23. bis 29. Februar sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Liebenwalde (Königswalde) A. 200, Langenfelde 100, Summa A. 300. Büdissüsse erzielten: Halle a. d. Saale A. 400, Wittenberg 400, Wittenau 300, Walddorf 300, Dömitz 200, Gorgau 200, Wittenau 300, B. Wittenau 200, Königsberg i. Pr. 200, Badenbad 200, Minthen 150, Marborn 100, Hagen 1. Welt 100, Ziegenbrunn 100, Werder a. d. Havel 100, Teterow 100, Güten 100, Borsdorf 100, Niederdorf 100, Bremgencim 100, Altenberndorf 100, Brüderholz 50, Frauenthal 40, Summa A. 8640.

**Arlona,** den 29. Februar 1908.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschuh, Submissions etc.

Kollegen! Unterstellt nie, von Unfällen, Banehützen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommen auf den Bauten schnellstens einen jährlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

**Duisburg.** Am 21. Februar ereignete sich am Schulneubau in der Blücherstraße (Wohld, Firme Reich & Sohn) ein Unfall, wobei sich unser Kollege Kreuzbaum schwere Verletzungen zuzog. Beim Verlegen einer massiven Treppe wollte man die Bodenüberschreitung abdecken. Kreuzbaum schaffte es, die Treppe hinunter auf die Treppe. Er war zunächst ohne Bewußtsein. Man brachte ihn ins Krankenhaus, wo ein Bedenbruch und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden, was ihn für eine geraume Zeit, wenn nicht für immer, als Maurer arbeitsunfähig machen wird.

**Franfurt a. d. O.** Am 21. Februar häufzte auf dem Neubau der Firma H. Schram ein Gerüst zusammen, wobei ein Maurer und zwei Steinträger verletzt wurden. Die Art ihrer Verletzungen ist uns nicht bekannt geworden. Nach dem Einsturz erzielten ein Beamter auf dem Bau, Es wäre besser gewesen, wenn sich die zur Aufsicht verpflichtete Behörde früher etwas mehr um diese Arbeitsstelle gekümmert hätte, dann wäre das Unglück vielleicht vermieden worden. Das Gerüstmaterial bei der Firma Schram ist absolut ungerechtfertigt und mangelhaft. Es finden sich Stücke darunter, die als Brennholz zu schlecht sind. Liebhaupt werden die Unfallsicherheitsvorschriften in diesem Geschäft sehr oft missachtet.

**Teterow.** Am 29. Februar kam durch den Einsturz eines Brandgiebels des Radkrahauses der Kollege Nogelin aus Teterow zu Tode. Der Einsturz des Giebels ist darauf zurückzuführen, daß bei den Ausfachtagen arbeiten nicht mit der nötigen Vorsicht gearbeitet wurde.

Die Kellerjoche des Neubaus soll auf die Hälfte der Giebelbreite bereits 80 cm tiefer ausgeschachtet sein als das Fundament des eingefügten Giebels, ohne die nötigen Absteuerungen resp. das Unterfangen des Giebels vorzunehmen. Nachdem am Sonnabend der Giebel einen sehr bedecklichen Riß zeigte, sollten noch einige Steinen angebracht werden, und um dieses zu ermöglichen, wollte der verunglückte Kollege von einer Leiter aus Schläge zur Verstärkung der Steinen in den Giebel stemmen. Bevor aber die Abstießung vorgenommen werden konnte, rutschte der Giebel unten aus und brach in sich zusammen, den Maurer unter den Trümmern begrabend. Der Verunglückte konnte nur als Leiche daraus hervorgezogen werden. Ausgeführt wird der Neubau von dem geprüften Bauunternehmer Groß aus Lübeck. Die Staatsanwaltschaft hat bereits die Untersuchung eingeleitet.

\* Bauarbeiterkongress in Lübeck. Am 28. Februar tagte in Lübeck eine Konferenz der baugewerblichen Arbeiter für das Gebiet der Hamburgerischen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft. Es waren aus 132 Orten Delegierte erschienen, nämlich aus Schleswig-Holstein, den beiden Mecklenburg, Lübeck und Hamburg. Über: „Die landespolitischen Bestimmungen, betreffend Bauarbeiterkongress in Preußen, Hamburg, Lübeck und Mecklenburg“, referierte der Sekretär der Centralcommission für Bauarbeiterkongress, Genosse Heinrich Hamburg. Dem sehr gründlichen Referat folgte ein Vortrag des Kollegen Hugo Körber über die Änderung der Unfallverhütungsvorschriften, die dem heutigen Stande der Baupraxis längst nicht mehr entsprechen. Selbstverständlich wurde auch die alte Forderung der Bauarbeiter nach Arbeitertortstellen mit Nachdruck und guten Begründungen aufs neue erhoben. Nach ausgiebiger Debatte wurden mehrere Resolutionen angenommen. In der ersten wird gefordert, daß die Berufsgenossenschaft so bald wie möglich die Unfallverhütungsvorschriften im Sinne der Arbeitserfordernisse revidiert. Weiter fordern die Konferenzteilnehmer — solange kein Reichs-Bauarbeiterkongress erlassen ist —, daß die Landeszentralbehörden Verordnungen erlassen, nach welchen den Bauarbeiter ein besserer Schutz garantiert wird, als solcher von der Berufsgenossenschaft zu erwarten ist, und ferner muß eine eindrückliche Überwachung der Bauten durch angestellte Kontrolleure stattfinden, die von den Arbeitern gewählt sind.

In einer zweiten Resolution, die von den Mätern eingefordert worden war, wurden das vollständige Verbot der Verwendung von Weißfarben und einige in dieser Richtung liegende hygienische und baupolitische Maßnahmen gefordert. Einige andere Resolutionen und Anträge nebst besonderen auf den Arbeitertrotz bei Überstrichen und bei Dachdeckerarbeiten usw. kamen hinzu. Außerdem wurde noch über die Organisation des Bauarbeiterkongresses berichtet. Der Vorsitzende, Kollege Körber, empfahl, den Gauleitern die Befugnisse und Aufgaben einer händigen Kommission zu übertragen. Die Konferenz stimmte dem zu. Das Bureau wurde beauftragt, die gesuchten Beschlüsse den zuständigen Körperfürsten zu überweisen. Hoffentlich wird die Konferenz dem Streben der Bauarbeiterkongress des deutschen Nordens nach mehr Schutz einen neuen frischen Impuls geben und sie besonders veranlassen, das nächste Mittel, die Schuhhülse, unverzagt anzuwenden.

\* Bauarbeiterkongress in Hamburg. Endlich hat der Hamburger Senat eine Baupolizeiverordnung zum Schutz der Arbeiter erlassen. In dem geltenden Baupolizeigesetz, das nach den Beschlüssen von Senat und Bürgerschaft dennoch durch ein neues ersetzt werden soll, findet der Arbeiterschutz nur eine sehr nebenjährlige Bewertung. Das Gesetz enthält nur kurze allgemeine Bestimmungen — über den Gerüstbau, über Balkenabdeckungen, Holzfeuer, Fensterbau für Innearbeiter und über Abort; Borschriften über Schuhvorrichtungen fehlten fast ganz und Baubuden waren gar nicht erwähnt. Bei der Gesetzesfassung über das neue Gesetz konnte sich der bürgerliche Ausdruck den Forderungen der baugewerblichen Arbeiter nicht ganz verschließen. Die grundlegenden Bestimmungen werden erweitert und präzisiert gezeigt. Wegen der Weitsichtigkeit der Materie und um auch die Möglichkeit zu haben, die Schuhvorrichtungen den fortwährenden Bedürfnissen auf dem schnellsten Wege anzupassen zu können, nahm der Ausschuß von der Einrichtung spezieller Borschriften in das Gesetz Aufschluß; diese Regelung sollte durch Verordnung erfolgen. Die Meinung stützt sich die Bürgerschaft (Landtag und Stadtvorordentenkollegium in Hamburg) im Frühjahr 1907 und auch der Senat stimmte bald darauf diesen Beschlüssen zu. Nun hat letzterer am 15. Februar die Verordnung herausgegeben, die an den denselben Tage in Kraft getreten ist.

Die Verordnung geht in vielen Punkten mit den Unfallverhütungsvorschriften der Hamburgerischen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft konform und sie entspricht, wie das ja nicht anders zu erwarten war, noch lange nicht den bestreitigen Forderungen der Bauarbeiterkongress. Aber wir können doch gern anerkennen, daß sie manchen Fortschritt bringt und sehr viel zur Verhütung schwerer Unfälle beitragen kann, wenn sie energisch durchgeführt wird. Das die Arbeiter in ihrem ureigenen Interesse in erster Linie verpflichtet sind, sich streng an die Borschriften zu halten, sei hier noch besonders hervorgehoben. Nachstehend bringen wir die wichtigsten Bestimmungen der Verordnung zum Ausdruck:

Bei der Ausführung eines Baues ist so zu verfahren, daß die am Bau beschäftigten Personen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit so weit geschützt sind, wie die Art des Betriebes es gestattet.

Der Genuss alkoholischer Getränke, wie Wein, Bier, Schnaps und dergl., während der Arbeitszeit unter der Aussicht solcher Getränke auf der Arbeitsstelle ist verboten.

Essen auf dem Bau für gutes Trinkwasser und für Trinkgefäß sowie für deren Reinhal tung zu sorgen.

Die Verunreinigung der Bauten und Baustellen ist verboten.

Alle Bauarbeiter sind aus gutem, gefundem Material genügend stark und fest herzustellen und müssen gegen Beschleppen und Ausweichungen sorgfältig gesichert werden.

Sie sind während der Dauer der Benutzung in diesem zu handen zu erhalten.

Riegel und sonstige Eisenteile müssen von besser geschaffenen sein. Die Verwendung gekleinerter Riegel ist verboten.

Beim Abbrechen von Gerüsten aller Art sind die einzelnen Teile nach hervorstehenden Nagelstützen abzusägen und letztere durch Umschlagen oder Herausziehen der Nägel sofort zu befestigen.

Bei festen Boden müssen die Mauern oder Aufrichter in festen Boden eingegraben oder auf Holzunterlagen derart befestigt werden, daß sie weder einzinken noch aussieben können.

Die Aufrichter müssen einstämig sein und eine der Höhe und Belastung entsprechende Stärke haben; geschwächte Aufrichter dürfen jedoch an seiner Stelle unter 10 cm, behäuerte Aufrichter nicht unter 8 cm, Rundhölzer nicht unter 7 cm messen.

Bei dem Anbränen (Aufsetzen) oder Verlängern der Aufrichter müssen die Enden beider aneinander stehenden Bäume über zwei Achsenplanten reichen, die mindestens 1,50 m von Mitte zu Mitte voneinander entfernt sein müssen. Diese Anbräner (Aufrichter) müssen durch 2 bis 3 Spießlammen, Bolzen oder in sonstiger sicherer Weise verbunden und durch mindestens 35 cm lange Knaggen unterstützt werden, welche an den unteren Aufrichtern durch drei 12 cm lange Nägel zu befestigen sind.

Die Entfernung der Aufrichter voneinander soll in der Regel, wenn Achsenplanten verwendet werden, nicht über 1,80 m von Mitte zu Mitte betragen.

Die Reihenplanzen müssen durch mindestens 25 cm lange Knaggen unterstützt werden und bei Entfernung der Aufrichter bis zu 1,60 m von Mitte zu Mitte mindestens 3,20 cm, bei größerer Entfernung mindestens 3,80 x 20 cm oder 3,20 x 22 cm stark sein. An den Aufrichtern sind die Reihenplanzen mit einem 12 cm und über 10 cm langen Nägeln, die vorher gehärtet waren, mit zwei 12 cm langen Nägeln gut zu befestigen.

Boden ausnahmsweise Streichstangen (sogen. Durchländer) statt Reihenplanzen verwenden, so darf die Entfernung der Aufrichter nicht mehr als 2 m von Mitte zu Mitte betragen. Die Streichstangen müssen an ihrem Kopfende einen Durchmesser von mindestens 8 cm haben. Aufgeschnittenen Rundhölzer (Säulen oder hölzerne Latten) dürfen nur bei Gebäuden von nicht mehr als zwei Stockwerken als Streichstangen verwendet werden; die Mauern, an denen sie befestigt sind, dürfen nicht mehr als 1,50 m von Mitte zu Mitte entfernt stehen. Solche Streichstangen sind durch lange Knaggen oder Steifen, welche von Streichstange zu Streichstange reichen, niemals aber durch eiserne Klammern zu unterführen.

Mensäume oder Rehriegel dürfen nicht über 1,50 m von Mitte zu Mitte entfernt liegen und müssen an den freistehenden Längen entsprechend, mindestens aber 8 cm stark sein. Im Mauerwerk müssen sie mindestens einen halben Stein tief ausliegen und gegen Verziehung und gegen Herausziehen aus dem Mauer gesichert sein. Die Unterstützungen der Mensäume in Maueröffnungen (Dienststürzen, Balkontüren und dergl.) dürfen nicht auf losem Steinbänkchen gestellt werden; diese Unterstützungen (sogen. Stielstiele) sind auf beiden Seiten in den Leibungen der Fenster türen und dergl. fest abzupreisen; sind sie länger als 1,50 m, so müssen sie aus Bohlen, Rund- oder Kanthölzern bestehen.

Die Gerüstbretter müssen beschämt und der Belastung entsprechend, jedoch mindestens 3 cm stark sein. Beim Verlegen ist darauf zu sehen, daß keine Rippen entstehen und daß die Augen so dicht sind, daß ein Herausfallen von Steinbrocken und dergl. verhindert wird.

In Südhöhe hinter jedem als Arbeitsstelle dienenden Gerüstbelag muß sich ein weiter eingeschlossener Gerüstbelag befinden, welcher als Schutzbüttung dient.

Jedes außerhalb stehende Gerüst von 3-m Höhe an muss an der Mütze, um das Herfallen des Materials zu verhindern, durch Vorbreiter (sogen. Schniepplatten), sowie die Leitergänge einzufügen, dicht abgeschlossen sein; außerdem ist 1 m über dem Fußbelag eine starke Rückenlehne an den Aufrichtern zu befestigen. An den Enden der Gerüste sind gleiche Sicherheitsvorlehrungen anzubringen. Hängegerüste, die ausgerüstet sind, müssen einstämig, von gutem, gejundem Holze oder eisernen Träger und von hinreichender Stärke sein.

Sie sind gegen Verbiegen, Kanten und Überschlagen zu sichern.

Die Bügel sollen von geschmiedetem Eisen und mit Schuhplatten versehen sein.

Die Haken müssen durch Verschlüsse gegen das Ausheben gesichert sein.

Die Gerüstbretter sind an den Bügeln zu befestigen.

Zu Auslegergerüsten dürfen nur eiserne Träger oder eisennämmige, gejundete, gerade gewachsene Hölzer von mindestens 12 cm in Stärke verwendet werden. Die Ausleger müssen in der Regel um das Maß der äußeren Gerüstbreite in das Innere des Gebäudes hineinragen und an ihrem hinteren Ende sicher abgestellt oder mit der Balkenlage verbunden und gegen jede Verziehung gesichert sein. Die Auslegergerüste müssen vollständig abgedeckt, das äußere Brett muss durch Knaggen oder Riegelung befestigt werden. Der Bretterbelag ist gegen Rippen und Verbiegen zu sichern. Die Böde auf Auslegergerüsten sind besonders sorgfältig aufzulegen und zu befestigen; derartige Gerüste sind mit sicherer Einschließung an zu gebrauchen.

Wölbrüstungen (Lehrbögen) müssen je nach der ihnen aufzunehmenden Belastung sachgemäß hergerichtet und derartig aufgestellt werden, daß vor der Begradigung ein Lösen derselben (Rüsten) möglich ist.

Die Begradigung der Wölbrüstungen hat mit besonderer Vorsicht zu geschehen.

In gleicher Weise ist bei Rüstungen für horizontale Steine oder Betondelen zu verfahren.

Wölgerüste. Werden zur Herstellung von Gerüsten Böden verwendet, so müssen sie genug stark und in sich versteift sein. Wölgerüste, welche nicht auf dem Erdwinkel stehen, dürfen nur auf völlig dichtem und solidem Bretterbelag, dagegen nie auf dem Einbich, auf Langholzern und offenen Balkenlagen aufgestellt werden.

Die Gerüstleitern, Bäume wie Sprossen, müssen aus gutem, gefundem, nicht überhängendem Holze ohne große Reste bestehen und nach ihrer Aufstellung so befestigt werden, daß sie weder unten abrutschen, noch oben überhängen können.

Die Leiterbäume müssen mindestens 1 m. senkrecht gemessen, über dem Ausstieg herabragen oder so weit verlängert werden; die Leiterbäume sind nötigenfalls gegen Durchbiegen und seitliches Schwanken abzuseilen.

Leitergänge dürfen, soweit möglich, nicht so über einander liegen, daß herabfallende Gegenstände den unteren Leitergang treffen können. Sollte der Raum das erfordert, daß Leiter in übereinander liegen müssen, so sind diese unterteilen zu verhindern.

In gleicher Weise sind Leitergänge zu verschaffen, unter denen sich ein Durchgang oder eine Arbeitstäte befindet.

Alle Podeste von Leitergang zu Leitergang müssen durchaus sicher hergestellt, mit Gerüstbrettern dicht abgedeckt und mit sicherer Einfriedigung versehen sein.

Bei Bauten, bei denen die Errichtung von Außenhauptsäulen auf dem über der Straße zum Schutz des öffentlichen Verkehrs angebrachten Schutzdach erforderlich wird, oder bei denen dieses Schutzdach zur Lagerung von Materialien benutzt wird, ist oberhalb desselben zum Schutz der das untere Schutzdach betretenden Personen ein zweites Schutzdach anzubringen.

Das Nebenhauptsäule nach außen ist nur dort gestattet, wo es nicht möglich ist, ein Auflagerstück aufzustellen; ausgenommen hierbei ist das Mauern von hohen Schildsteinen.

Wo hier nach das Nebenhauptsäule zu gelassen werden muß, ist in Höhe der nächsten Balkenlage unter der Arbeitsstelle ein mindestens 2 m breites mit Gerüstbrettern dicht abgedecktes Schutzdach mit 60 cm hohen Vorbreitern gegen die Gefahr des Absturzes anzubringen, sofern nicht etwa das Aufmauer der Außenwand in der Weise vorgenommen wird, daß von einer neu verlegten Balkenlage oder aufgestellten Rüstung aus erst dann weiter gemauert wird, wenn vom darunter befindlichen Arbeitstitel auf die Mauer mindestens im sechs Meterhöhen über die neue Balkenlage oder Rüstung aufgeführt ist.

Am Innern von Neu- und Umbauten sind die Balken- und Trägerlagen eines jeden Geschosses sofort nach ihrer Verlegung mit mindestens 2,5 cm starken Brettern dicht und jeder zu überdecken und die Treppenführungen sowie andere offene Stellen seit zu umfriedigen. Neuaufgestellte Treppen und deren Podeste sind sofort mit jüngsten vorläufigen oder den endgültigen Geländern zu versehen. Öffnungen, die auf uneingefriedete Balkone führen, sind abzupfen.

An Stelle der Abdichtung der Balkenlagen kann die Herstellung des Einschubs treten, sofern die Einschubbretter so stark und so sicher unterstellt sind, daß sie beim Betreten durch eine Person nicht brechen, und sofern für die Verkehrs- und Transportwege Laufbretter in 60 cm Breite über die Balken gelegt werden. Die Einschubbretter müssen bei einer lichten Weite zwischen den Balken bis zu 60 cm mindestens 2 cm, bei größerer Balkenweite mindestens 2,5 cm stark sein.

Unter Gewölben und aus Beton und Steinen hergestellten Decken darf die unterstehende Rüstung nicht früher entfernt werden, als bis die Decke die nötige Tragfähigkeit erreicht hat.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind über der Decke sichere Laufstiege anzubringen, oder es ist das Betreten der Decke durch Abstreifen wirksam zu verhindern.

Bei Neubauten von hohen Schildsteinen muss unten sowohl innen als außen, stets eine Abdichtung zum Schutz gegen herabfallende Gegenstände angebracht werden.

Die Mauersteine, Werkzeuge usw. sind nur im Behältern nach oben zu befördern, nicht in Tüchlingen.

Bei der Herstellung von einstellig eingespannten steinernen Treppen ist eine genügend starke, in sich verbundene, gegen Verbiegen gesicherte Rüstung aufzustellen, welche die Stufen an der freien Außentante unterstützt. Diese Rüstung ist bis zur Fertigstellung des Baues im Rohbau stehen zu lassen.

Das Tragen von Mauersteinen darf nur in Wälzen, Körben, auf Bahnen oder Brettern geschehen. Das Abtreten von Mauersteinen, Mörtel und dergleichen von der Schulter auf das Baugerüst ist verboten.

Übermäßige Belastungen der Gerüste, der Balken- oder Trägerlagen sind unter allen Umständen verboten.

Gefundheitliche Vorschriften. Das Arbeiten und der dauernde Aufenthalt in Räumen, in welchen sich offene Kaminfeuer befinden, ist verboten. Diese Räume müssen gegen die übrigen Räume dicht abgeschlossen und bevor in ihnen wieder gearbeitet wird, gut gelüftet werden.

Gefäße, welche Säuren, Laugen, giftige oder sonst schädliche Stoffe enthalten, sind unter dichtem Verchluss zu halten und müssen mit einem den Inhalt kennzeichnenden, aufstellenden Merkmal versehen sein. Es ist verboten, die genannten Flüssigkeiten in Biers, Selters- und der gleichen Flaschen aufzubewahren.

Fenster- und Türöffnungen in Neubauten und Umbauten, in denen nach Fertigstellung des Rohbaus die Arbeiten des weiteren inneren Ausbaues vorgenommen werden, müssen während der Wintermonate, das ist von Ende Oktober bis Ende März, mit einem mindestens vorläufigen Verchluss versehen sein.

Auf jedem Neubau, größeren Umbau und Abriss ist ein Verbandlaib mit entsprechender Gebrauchsantreibung und einem Waschlüssel mit Handtuch und Seife für Verbandswände vorrätig zu halten.

Der Verbandlaib enthält: 20 Mullbinden 10 cm breit, 5 Packete Watte à 100 gr, ½ m Kiltotbatist, 2 Taschentücher dreidelige Tücher (Mittelen).

Der Inhalt des Kessels ist nach Gebrauch so bald wie möglich zu verpolstern.

Unterkunftsräume (Waubuden). Zur Unterkunft für die am Neus, An- oder Umbauten beschäftigten Arbeiter während der Ruhepausen oder bei ungünstiger Witterung müssen Räume zur Verfügung stehen, die im Mittel mindestens 2,50 m hoch mit dichten Wänden umschlossen und mit dichtem Dach versehen sind; ihre Grundfläche muss groß sein, doch auf jeden Arbeiter mindestens etwa 0,75 qm entfallen.

Die Räume müssen durch Fenster genügend erhellt, lüftbar und unlicht trocken sein, gebüttelt oder sonst befestigte Fußböden haben, mit Tisch und den erforderlichen Sitzgelegenheiten versehen sein; sie müssen während der Wintermonate (§ 33) heizbar sein.

Baumaterialien und dergleichen dürfen in den Räumen nicht gelagert werden; die Räume sind sauber zu halten; das Hinbringen von Speiseresten, Abfällen, Papier und dergleichen ist verboten.

Aborte. Auf jedem Neubau müssen bei Beginn der Bauarbeit Bedürfnisanstalten, d. h. Aborte und Pissoire, für die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter bereitgestellt werden.

Die Aborte sind entweder an das öffentliche Siel anzuschließen und mit Wasserleitung zu versiehen oder nach Maßgabe des Gesetzes vom 30. Juni 1899, betreffend die Bereitstellung der Abwasser- und Fäkalien von den nicht oder nur zum Teil an die Siele angegeschlossenen Grundstücken mit Kübeln einzurichten, welche von der Bau-deputation, Abteilung für Straßenreinigung und Abfuhr, geliefert und zwangsweise Entleerung abgholt werden.

Die Aborte sind möglichst abseits von bewohnten Räumen und von der Baubude aufzustellen und so einzurichten, daß man weder von der Arbeitsstelle, noch von der Straße, noch von den umliegenden Grundstücken und Gebäuden in dieselben hineinschauen kann.

Die Aborte müssen gegen Witterungseinflüsse geschützt sein. Für genügend Schellung ist Sorge zu tragen.

Wenn Aborte mit Wasserleitung und Siftenanlauß hergestellt werden, muß für eine Anzahl bis zu 20 Arbeitern mindestens 1 Abortloch hergestellt werden. Für 50 Arbeiter müssen mindestens 2 Sifte, für eine größere Zahl von Arbeitern muß eine entsprechend größere Zahl von Siften hergestellt werden. Werden Kübelorte hergestellt, so ist für die Anzahl der Sifte der § 8 des Gesetzes vom 30. Juni 1899, betreffend die Bereitstellung der Abwasser- und Fäkalien von den nicht oder nur zum Teil an die Siele angegeschlossenen Grundstücken, maßgebend.

Auf jedem Bauplatz ist ein Pissoir einzurichten und dessen Ablauf unbedingt dem öffentlichen Siel anzuschließen. Soweit dies nicht angängig ist, sind Sammelgefäße aufzustellen, deren Inhalt entweder in die nächste Siftenröhre zu entleeren oder sonst in unschädlicher Weise zu beseitigen ist.

Die Bedürfnisanstalten müssen stets reinlich gehalten und nach Bedarf desinfiziert werden.

Auf Anbauten, Umbauten und Abrühte von Gebäuden finden, soweit nicht in den hierzu betroffenen Gebäuden ausreichende Bedürfnisanstalten vorhanden sind, vorstehende Vorschriften sinngemäße Anwendung.

Schlafbestimmungen und Strafen. Diese Vorschriften müssen auf jeder Baustelle, wo mehr als zehn Arbeiter gleichzeitig beschäftigt werden, an einem leicht zugänglichen Ort in Plakatform gut lesbar angebracht werden.

Arbeitegeber, Arbeiter oder sonstige Personen, die dieser Verordnung zuwiderröhren, werden, soweit nicht nach anderen Gesetzen, namentlich nach § 147 Abs. 1 der Gewerbeordnung, eine höhere Strafe verhängt ist, mit Geldstrafe bis zu M 100 bestraft; auch in der Baupolizeibehörde befugt, gemäß § 147 Abs. 4 der Gewerbeordnung und § 1 Abs. 8 der Nodelle zum Baupolizeigesetz vom 16. April 1898 die Fortführung der Arbeiten einzustellen zu untersagen.

Für Bauten, über die bei Erlass dieser Verordnung eine Baunaagezeige bereits eingereicht ist, kann die Baupolizeibehörde von der Erfüllung solcher Vorschriften nach billigem Ermessen dispensieren, welche eine Verschärfung gegen die abgeänderten Unfallverhütungsvorschriften für die Hamburger Baugewerbs-Verästgenossenschaft vom 1. Januar 1902 enthalten.

### Aus anderen Berufen.

\* Die Stukkaturen und Gipfer sind in St. Johann Saarbrücken und Heidelberg ausgesperrt. Im Saarzweig sollen an 600 Mann und in Heidelberg 150 von der Aussperrung betroffen sein.

### Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 22 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine berühmte Geschichte — Maroflo und die Kolonialpolitik Frankreichs. Von Ch. Rapoport (Paris). — Der Arbeitskammern-Gesetzentwurf. Von Gustav Hoch. — Bauernagitation. Von Heinrich Büsfold. — Zum Entwurf des schweizerischen Kranfs und Unfallversicherungsgesetzes. Von A. Adé.

Die "Neue Zeit" erwidert wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von M. 3 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probemittwintern seien jederzeit zur Verfügung.

Der Klassenkampf des Proletariats. Unter diesem Titel erscheinen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Reihe von Abhandlungen, deren Verfasser der Genossen Barbus ist. Von diesen Abhandlungen ist jetzt die erste erschienen: Der gewerkschaftliche Kampf. Das Heft kostet 15 Pf.

Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstration vor dem Deutschen Reichstage. Unter diesem Titel ist ein Teil der Wahlrechtsdebatte im Reichstage am 22. Januar erschienen. Der Preis dieser besonderen für die Massenverbreitung bestimmten Broschüre beträgt einzeln 20 Pf.

"Südbayerischer Postillon" Nr. 5 (Verlag von M. Ernst, München). Der Verfasser Schab und sein Parlament ist eine farbenreiche, lästige Parodie auf den hochgepriesenen Konstitutionalismus. — Diabolos, der schreckliche Satiriker, konterte einen Blöß als Blöckunter — Banselow gibt eine Nachstudie aus Bediententreffen, das Schlubbild erbringt den Beweis vom zweiten Reich in Preußen, — und wohl auch darüberwärts. Der "Südbayerische Postillon", von welchem jedes Heft 10 Pf kostet, verdient die kräftigste Unterstützung.

### Briefkasten.

Gustavsburg, Kirchenbau. Wieviel man in solcher Arbeit leisten kann, hängt sehr viel von den Nebenkosten, Art und Größe des Mauerwerks, Weichheit des Materials usw. ab. Nach den uns geschilderten Umständen halten wir es für unmöglich, in achtmonatshilfiger Arbeitszeit 2. obm davon zu leisten. Was so ein Baumeister sagt, kommt gar nicht in Betracht; die Leute können immer solojar arbeiten — mit dem Mund. Sollten sie Tag für Tag praktisch mit antreten, würde ihnen bald die Luft ausgehen.

Melsheim, R. 3. Das ist wohl zu umständlich, solche Sachen von Hamburg zu bezahlen. Wende Dich doch nach München; hierfür Gelehrte würden der höheren Verbandskosten wegen kaum nach dort liefern.

Böhlitz, I. R. Wir können über diese Frage leider keine Auskunft erzielen; aber die Redaktion der "Gewerke-Zeitung" in Böhlitz wird hierzu in der Lage sein.

Bwinge, Vorstand. Berichte über Versammlungen vom 9. Februar nehmen wir nicht mehr an.

Alten-Essen, W. Wegen Namensänderung muss man einen Antrag an die Königliche Regierung stellen. Kostenpunkt nicht erheblich. Wende Dich an das Arbeitssekretariat in Essen.

Wilsack, J. W. Die Beitragszähre zur Zwangslebensversicherung sind nicht nach Stundenläufen eingerichtet, sondern nach Jahresentnahmen festgelegt. Es sind fünf Wohnklassen eingerichtet und wie folgt abgegrenzt:

Lohnklasse I	Jahresarbeitsverdienst bis M. 350
II	von " 350 bis 550
III	" 550 " 850
IV	" 850 " 1150
V	über " 1150

Der Wohnbeitrag beträgt in:

Lohnklasse I	14 Pf
II	20 "
III	24 "
IV	30 "
V	36 "

Für die Zugelangigkeit zu den einzelnen Lohnklassen sind folgende Durchschnittszähe maßgebend:

- für Mitglieder von Orts-, Betriebs-, Bau- und Immigra-tantenassen der 300fache Beitrag des für die Berechnung der Krankenfalleinbeiträge maßgebenden Tagelohnes;
- für Mitglieder einer Knappheitszähe der 300fache Beitrag des von dem Kassenvorstand festzulegenden durchschnittlichen Tagelobenbeitrages der betreffenden Arbeiterklasse, mindestens aber das 300fache des ortsbülichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter;
- für die einer Strandschaft nicht angehörenden land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ein von der höheren Verwaltungsbehörde festzulegender Durchschnittsbeitrag;
- für Seefahrer der nach Maßgabe des See- und Ufer-Verfügungsgesetzes festgelegte Durchschnittsbeitrag des Jahresarbeitsverdienstes;
- in allen anderen Fällen der 300fache Beitrag des durchschnittlichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter, soweit nicht die höhere Verwaltungsbehörde für einzelne Berufszweige einen anderen Beitrag festlegt.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik berichten wir alte Totestände der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

Altenburg. Am 28. Februar starb unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Stötzner** im Alter von 60 Jahren an Magenleiden.

Berlin. (Sektion der Pupser.) Am 27. Februar starb unser langjähriges Ehrenmitglied **Karl Lusky** im Alter von 64 Jahren an Herzkrankheit.

Breslau. Am 20. Februar starb unser treuer Verbandskollege **August Weigelt** im Alter von 37 Jahren an Augenentzündung.

Frankfurt. Am 26. Februar starb unser Mitglied **Karl Schildhan** im Alter von 66 Jahren an Magen-erweiterung und Leberverhärtung.

Würzburg. Am 25. Februar starb nach langem Leidet unser Kollege **August Gritz** im Alter von 47 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Dresden. Am 22. Februar starb im Alter von 55 Jahren unser Verbandskollege **Gustav Schröder** an Leberstößchwinducht.

München. Am 23. Februar starb unser Kollege **Johann Reith** im Alter von 25 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Nürnberg-Fürth. Am 25. Februar starb unser Kollege **Georg Lühr** im Alter von 37 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Schwaben, i. M. Am 27. Februar starb nach langem Leiden unser Kollege **Heinrich Reimers**.

Zwickau. Niederaurach a. d. Am 23. Februar starb plötzlich und unerwartet unser Verbandskollege **Peter Michel** im Alter von 30 Jahren an Herzschlag.

Ehre ihrem Andenken!

Borbeck bei Essen. Unter Verkehrs- und Versammlungskosten befindet sich bei **Düssbürger, Niederstraße 100**. Die Adresse unseres Kassierers ist: **Friedr. Kohlemann, Kurfstraße 15**. [M. 1,50]

Düren. Vorsitzender ist jetzt: **Peter Schulze jun.**, Kaiserplatz 48, Kassier: **Wilh. Laaf, Bickelkampweg 8, 1. Et.** Geschäftsstätte von 7 bis 9 Uhr abends in der Wohnung. Samstage im Bistrologe, Hab. Laprell, Oberstr. 50. [M. 1,50]

Görlitz. Die Adresse des Kassierers ist: **Paul Gorlt, Untermarkt 21, 3. Et.** [80 Pf.]

Göttingen. Dr. Vorsitzende **Karl Wilke** wohnt Wallstraße 21, der Kassierer August Mette, Angerstr. 2a. Besitzzeit von 7 bis 9 Uhr abends in der Wohnung. Samstage im Lokale des Herrn Achilles, Neustadt 29, ausgetragen. [M. 1,50] Der Vorstand.

Der Maurer **Albert Jechow** aus Nöthen a. d. Elbe wird wegen Todestalls seines Vaters erucht, seiner Mutter sofort seine Adresse mitzuteilen. [90 Pf.]

Der Maurer **Wilhelm Röver** aus Helsen wird wegen Erkrankung seiner Mutter erucht, sofort seine Adresse anzugeben. [90 Pf.]

Der Kollege **Heinrich Lüttgen**, früher Kassier in Elbertz, wird erucht, seine Adresse an den Unterbezirk einzutragen, da er in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge vernehmen werden soll. [M. 1,50]

J. A. F. L. Schulze, Werden, Lindenstraße 26.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Düren. Jeden ersten Sonntag im Monat bei Hab. Laprell, Oberstr. 50; und jeden zweiten Sonntag im Monat bei Joseph Eiser, Hubbrücke, freitags von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Rathenow. Unsere regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden von jetzt an jeden ersten Sonnabend im Monat statt.

Sonntag, den 8. März.

Betzig, Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal.

Driesen, Nachm. 2 Uhr im Bürgergarten.

Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3½ Uhr im "Barbarossa" Garten.

Gransee, Nachm. 3 Uhr im Franken'schen Hofe. Referent anwesend.

Oranienburg. Nachm. 3 Uhr bei Schumann, Schuhfabrik. T.-D.: Beicht-erstattung des Kollegen Haas vor der Gauaufnahme.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr Versammlung im Gewerbeschauhaus. Referent anwesend.

Schmiedeberg i. Riesengeb. Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Templin, Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Heyum.

Zehdenick, Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. T.-D.: Bericht vom Gauant.

Zerbst. Nachm. 3½ Uhr im Spezialischen Hofe.

Montag, den 9. März.

Lelsnig. Abends 6 Uhr bei Herm. Heide. Tagesordnung sehr wichtig. Referent anwesend.

Dienstag, den 10. März.

Liegnitz. Abends 6 Uhr. Bericht des Kollegen Bohner.

Sonntag, den 15. März.

Allstedt. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Dücheldorf. Nachm. 3 Uhr bei Dahme. T.-D.: Die Vortragsteile.

Lochau. Nachm. 3 Uhr bei Herrn Weber in Nähnich.

Werder a. d. H. Nachm. 3 Uhr im Kochischen Hofe.

Öffentliche Maurerversammlung.

Dienstag, den 10. März.

Sorau. Abends 6 Uhr in der "Flora". Referent anwesend.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 8. März.

Essen. Nachm. 4 Uhr. außerordentliche Generalversammlung bei Müller, Raumkasse 10, Wahl des Delegierten zur Generalversammlung nach Düsseldorf.

Gransse. 2 Uhr im Franken'schen Hofe. T.-D.: Delegiertenwahl.

Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr. Generalversammlung bei H. Lehmann, Güterhof.

Rötha. Vorm. 10/4 Uhr. T.-D.: Generalversammlung betreut.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr bei Gottlieb Fröhlich. T.-D.: Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung.

Dienstag, den 10. März.

Charlottenburg. Abends 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. T.-D.: Wahl des Delegierten zur Generalversammlung und Anträge zu bearbeiten.

Sonntag, den 15. März.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerbeschauhaus. T.-D.: Wahl der Delegierten zur Generalversammlung und Anträge derselben. Bericht des Abgeordneten legitimiert.

NB. Das Bürofeld SW befindet sich Bergmannstr. 97, bei Moah.

München. Vermittlung 3 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung im Stellmachsal zur Seite. Holzstr. 9. T.-D.: Wahl eines Abgeordneten zur Generalversammlung und Anträge zu beraten.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.